

**No. 32528**

---

**GERMANY  
and  
BANGLADESH**

**Agreement for the avoidance of double taxation with respect  
to taxes on income (with protocol and exchange of notes).  
Signed at Bonn on 29 May 1990**

*Authentic texts: German, Bangla and English.  
Registered by Germany on 8 February 1996.*

---

**ALLEMAGNE  
et  
BANGLADESH**

**Convention tendant à éviter la double imposition en matière  
d'impôts sur le revenu (avec protocole et échange de  
notes). Signée à Bonn le 29 mai 1990**

*Textes authentiques : allemand, bangla et anglais.  
Enregistrée par l'Allemagne le 8 février 1996.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER VOLKSREPUBLIK BANGLADESCH ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung AUF DEM GEBIET DER STEUERN VOM EINKOMMEN

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Volksrepublik Bangladesch –

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abschluß eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen zu fördern –

haben folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

**Persönlicher Geltungsbereich**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

**Artikel 2**

**Unter das Abkommen fallende Steuern**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen oder von Teilen des Einkommens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in der Bundesrepublik Deutschland:  
die Einkommensteuer,  
die Körperschaftsteuer und

die Gewerbesteuer  
(im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

- b) in Bangladesch:  
die Einkommensteuer (income tax)  
(im folgenden als „bangladeschische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

### Artikel 3

#### Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeutet der Ausdruck „Bangladesch“ die Volksrepublik Bangladesch;
- b) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder Bangladesch und, im geographischen Sinne verwendet, den Bereich, in dem das Steuerrecht des betreffenden Staates gilt oder gelten kann;
- c) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften sowie andere Rechtsträger, die als Steuersubjekte behandelt werden;
- d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- e) bedeuten die Ausdrücke „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ und „eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person“ je nach dem Zusammenhang eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person oder eine in Bangladesch ansässige Person;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- g) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
- aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundge-

- setzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
- bb) in bezug auf Bangladesch alle natürlichen Personen, welche die bangladeschische Staatsangehörigkeit besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Bangladesch geltenden Recht errichtet worden sind;
- h) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen und auf seiten Bangladeschs den National Board of Revenue oder seinen bevollmächtigten Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

#### Artikel 4

##### Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

#### Artikel 5

##### Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte,
- f) ein Lagerhaus, in bezug auf eine Person, die Dritten Lagerungsmöglichkeiten bietet, und
- g) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer 183 Tage überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung oder Ausstellung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung oder Ausstellung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen, wie Informationen zu erteilen, zu werben oder wissenschaftliche Forschung zu betreiben;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und

- a) besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt,
- b) unterhält sie in einem Vertragsstaat gewöhnlich Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, aus denen sie regelmäßig für das Unternehmen Güter oder Waren ausliefert, oder
- c) holt sie in einem Vertragsstaat gewöhnlich Aufträge für die Lieferung von Gütern ausschließlich oder fast ausschließlich für das Unternehmen selbst oder für das Unternehmen und andere Unternehmen ein, die von ihm beherrscht werden oder die es beherrschen,

so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln und ihre

Tätigkeit nicht darin besteht, im Sinne des Absatzes 5 Buchstabe c Aufträge einzuholen.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

## Artikel 6

### Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land-, forst- und fischereiwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufs dient.

## Artikel 7

### Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

## Artikel 8

### Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2)

a) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.



- b) Ungeachtet des Buchstabens a können diese Gewinne im anderen Vertragsstaat, aus dem sie stammen, besteuert werden; die Steuer darf aber
- aa) in den ersten fünf Steuerjahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens 50 vom Hundert und
  - bb) in den folgenden fünf Steuerjahren 25 vom Hundert
- der nach dem innerstaatlichen Recht dieses Staates vorgesehenen Steuer nicht übersteigen. Danach ist nur Buchstabe a anzuwenden.
- (3) Dieser Artikel gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

### Artikel 9

#### Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

### Artikel 10

#### Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsbe-

rechtigte ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen. Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft hinsichtlich der Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Ausschüttungen auf Anteilsscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder einen freien Beruf durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

## Artikel 11

### Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 gilt folgendes:

- a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die bangladeschische Regierung oder die Bangladesh Bank gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;
- b) Zinsen, die aus Bangladesch stammen und an die deutsche Regierung, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) gezahlt werden, sind von der bangladeschischen Steuer befreit.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen alle sonstigen staatlichen Einrichtungen bestimmen, auf die dieser Absatz Anwendung findet.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder einen freien Beruf durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen

vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## Artikel 12

### Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme oder Bandaufnahmen für Rundfunk oder Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden; er umfaßt jedoch nicht Zahlungen, die für den Betrieb von Bergwerken, Steinbrüchen, Ölvorkommen oder einer anderen Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen geleistet werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder einen freien Beruf durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat

ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder festen Einrichtung eingegangen und trägt die Betriebsstätte oder feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

### Artikel 13

#### Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt. Für die Zwecke dieses Absatzes gelten Anteile an einer Gesellschaft, deren Vermögen ausschließlich oder fast ausschließlich aus in einem Vertragsstaat gelegenen unbeweglichem Vermögen besteht, als in diesem Staat gelegenes unbewegliches Vermögen.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung eines freien Berufs im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 1 können Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft in diesem Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

#### Artikel 14

##### Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn,

- a) daß der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht; in diesem Fall können die Einkünfte insoweit in dem anderen Staat besteuert werden, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können; oder
- b) daß die Person sich im anderen Vertragsstaat zur Ausübung ihrer Tätigkeit insgesamt länger als 90 Tage während des betreffenden Steuerjahrs aufhält.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

#### Artikel 15

##### Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und

- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

### **Artikel 16**

#### **Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen**

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

### **Artikel 17**

#### **Künstler und Sportler**

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der Aufenthalt der Künstler oder Sportler in einem Vertragsstaat ganz oder in wesentlichem Umfang aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften bezahlt wird.

## Artikel 18

### Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absätze 1 und 3 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

## Artikel 19

### Öffentlicher Dienst

(1) Vergütungen, einschließlich Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden, die natürliche Person in diesem Staat ansässig, Staatsangehöriger dieses Staates und nicht Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist.

(2) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft oder einer anderen staatlichen Einrichtung an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

## Artikel 20

### Lehrer sowie Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, einer Hochschule, einer Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Staates oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Staat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung



aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, daß diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat unmittelbar vor der Einreise in den anderen Vertragsstaat ansässig war und die sich im anderen Staat lediglich als Student einer Universität, Hochschule, Schule oder ähnlichen Lehranstalt in diesem anderen Staat oder als Lehrling (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre oder Praktikanten) vorübergehend aufhält, ist mit dem Tag ihrer ersten Ankunft im anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt von der Steuer dieses anderen Staates befreit

- a) hinsichtlich aller für ihren Unterhalt, ihr Studium oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland und
- b) während der Dauer von insgesamt höchstens drei Jahren hinsichtlich aller Vergütungen bis zu 7 200 DM oder deren Gegenwert in bangladeschischer Währung je Steuerjahr für Arbeit, die sie im anderen Vertragsstaat ausübt, um die Mittel für die genannten Zwecke zu ergänzen.

(3) Eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat unmittelbar vor der Einreise in den anderen Vertragsstaat ansässig war und die sich im anderen Staat lediglich zum Studium, zur Forschung oder zur Ausbildung als Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums einer wissenschaftlichen, pädagogischen, religiösen oder mildtätigen Organisation oder im Rahmen eines Programms der technischen Hilfe, das von der Regierung eines Vertragsstaats durchgeführt wird, vorübergehend aufhält, ist mit dem Tag ihrer ersten Ankunft im anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt von der Steuer dieses anderen Staates befreit

- a) hinsichtlich dieses Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums und
- b) hinsichtlich aller für ihren Unterhalt, ihr Studium oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland.

## Artikel 21

### Andere Einkünfte

(1) Vorbehaltlich des Absatzes 2 können Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden

Artikeln nicht ausdrücklich erwähnt sind, nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Person jedoch diese Einkünfte aus Quellen innerhalb des anderen Vertragsstaats, so können diese Einkünfte auch in dem Staat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

## Artikel 22

### Beseitigung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer die Einkünfte aus Bangladesch ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Bangladesch besteuert werden können, gleichgültig, ob sie dort tatsächlich besteuert werden oder nicht. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Auf Dividenden sind die vorstehenden Bestimmungen nur dann anzuwenden, wenn die Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in Bangladesch ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

b) Auf die von den nachstehenden Einkünften aus Bangladesch zu erhebende deutsche Einkommen- und Körperschaftsteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die bangladeschische Steuer angerechnet, die nach bangladeschischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für

- aa) Gewinne, auf die Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b Anwendung findet;
- bb) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
- cc) Zinsen;
- dd) Lizenzgebühren;
- ee) Vergütungen, auf die Artikel 16 Anwendung findet;
- ff) Einkünfte, auf die Artikel 17 Anwendung findet;

- gg) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, auf die Artikel 6 Anwendung findet. Dies gilt nicht, wenn das unbewegliche Vermögen, aus dem die Einkünfte stammen, zu einer in Artikel 7 erwähnten und in Bangladesch gelegenen Betriebsstätte oder zu einer in Artikel 14 erwähnten und in Bangladesch gelegenen festen Einrichtung tatsächlich gehört, es sei denn, auf die Gewinne der Betriebsstätte ist aufgrund des Buchstabens d der Buchstabe a nicht anzuwenden.
- c) Für die Zwecke des Buchstabens b gilt die auf die deutsche Einkommen- und Körperschaftsteuer anzurechnende bangladeschische Steuer auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren als mit mindestens 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zahlung erhoben.
- d) Buchstabe a ist nicht anzuwenden auf die Gewinne einer Betriebsstätte und auf die Gewinne aus der Veräußerung beweglichen und unbeweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, sowie auf die von einer Gesellschaft gezahlten Dividenden, es sei denn, daß die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nachweist, daß die Einnahmen der Betriebsstätte oder Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich stammen
- aa) aus einer der folgenden in Bangladesch ausgeübten Tätigkeiten: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, technische Beratung oder technische Dienstleistung oder Bank- oder Versicherungsgeschäfte oder
- bb) aus Dividenden, die von einer oder mehreren in Bangladesch ansässigen Gesellschaften gezahlt werden, deren Kapital zu mehr als 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehört und die ihre Einnahmen wiederum ausschließlich oder fast ausschließlich aus einer der folgenden in Bangladesch ausgeübten Tätigkeiten beziehen: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, technische Beratung oder technische Dienstleistung oder Bank- oder Versicherungsgeschäfte.

In diesem Fall ist die bangladeschische Steuer, die nach dem Recht Bangladeschs und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen von den vorbezeichneten Einkünften erhoben wird, nach Maßgabe der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die deutsche Einkommen- oder Körperschaftsteuer, die von diesen Einkünften erhoben wird, anzurechnen.

(2) Bei einer in Bangladesch ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden von der Bemessungsgrundlage der bangladeschischen Steuer die Einkünfte aus der Bundesrepublik Deutschland ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, gleichgültig, ob sie dort tatsächlich besteuert werden oder nicht. Bangladesch behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Auf Dividenden sind die vorstehenden Bestimmungen nur dann anzuwenden, wenn die Dividenden an eine in Bangladesch ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der bangladeschischen Gesellschaft gehört.

- b) Auf die von den nachstehenden Einkünften aus der Bundesrepublik Deutschland zu erhebende bangladeschische Steuer wird unter Beachtung der Vorschriften des bangladeschischen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die deutsche Steuer angerechnet, die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für
- aa) Gewinne, auf die Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b Anwendung findet;
  - bb) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
  - cc) Zinsen;
  - dd) Lizenzgebühren;
  - ee) Vergütungen, auf die Artikel 16 Anwendung findet;
  - ff) Einkünfte, auf die Artikel 17 Anwendung findet;
  - gg) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, auf die Artikel 6 Anwendung findet. Dies gilt nicht, wenn das unbewegliche Vermögen, aus dem die Einkünfte stammen, zu einer in Artikel 7 erwähnten und in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Betriebsstätte oder zu einer in Artikel 14 erwähnten und in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen festen Einrichtung tatsächlich gehört.

### Artikel 23

#### Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belasten-

der ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

(3) Sofern nicht Artikel 9, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Die Absätze 1, 2 und 4 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuervergünstigungen, -ermäßigungen und -freibeträge zu gewähren, die er den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Personen gewährt.

## Artikel 24

### Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur

für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung in der Sache, auf die sich die Informationen beziehen, offenlegen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

## Artikel 25

### Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam dar-

über beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren.

## Artikel 26

### Diplomatische Missionen und konsularische Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Ungeachtet des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat ist, für die Zwecke des Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

- a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit ihren Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates nicht zur Steuer herangezogen wird und
- b) im Entsendestaat mit ihrem Welteinkommen wie in diesem Staat ansässige Personen zur Steuer herangezogen wird.

## Artikel 27

### Land Berlin

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Volksrepublik Bangladesch innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

## Artikel 28

### Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Dhaka ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist auf die Einkünfte anzuwenden, die in einem am oder nach dem 1. Januar 1990 beginnenden Steuerjahr bezogen werden.

**Artikel 29**  
**Kündigung**

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum dreißigsten Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Jahr des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden auf die Einkünfte, die in den Steuerjahren bezogen werden, welche auf das Steuerjahr folgen, in dem die Kündigung ausgesprochen wird.

Geschehen zu Bonn am 29. Mai 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher, bengalischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

LAUTENSCHLAGER

KLEMM

Für die Volksrepublik  
Bangladesch:

HUSSAIN



## PROTOKOLL

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Volksrepublik Bangladesch

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen in Bonn am 29. Mai 1990 die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind.

### **1. Zu Artikel 10:**

Im Fall der Bundesrepublik Deutschland umfaßt der Ausdruck „Dividenden“ auch Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter.

### **2. Zu den Artikeln 10 und 11:**

Ungeachtet der Bestimmungen dieser Artikel können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Rechts der Bundesrepublik Deutschland) bezogen werden und unter der Voraussetzung, daß sie bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners dieser Einkünfte abgezogen werden können.

### **3. Zu Artikel 22:**

Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb Bangladeschs zur Ausschüttung, so schließt Absatz 1 die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus. Falls Bangladesch sein Recht ändert, um eine wirtschaftliche Doppelbesteuerung zu vermeiden, gelten in seinem Fall in bezug auf Absatz 2 ähnliche geeignete Bestimmungen.

Geschehen zu Bonn am 29. Mai 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher, bengalischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

LAUTENSCHLAGER

KLEMM

Für die Volksrepublik  
Bangladesch:

HUSSAIN

## EXCHANGE OF NOTES — ÉCHANGE DE NOTES

## I

## DER STAATSSSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTS

Bonn, den 29. Mai 1990

Der Staatssekretär  
des Auswärtigen Amts

Herr Botschafter,

unter Bezugnahme auf Artikel 3 des heute unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bangladesch zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen beehre ich mich zu erklären, daß der Abschluß dieses Abkommens nicht die Haltung der Bundesrepublik Deutschland bezüglich der Seegrenzen Bangladeschs berührt.

Es besteht Einvernehmen darüber, daß das heute unterzeichnete Abkommen nach Ablauf von fünf Jahren, von seinem Inkrafttreten an gerechnet, auf Ersuchen eines der beiden Vertragsstaaten überprüft werden kann.

Ich wäre dankbar, wenn Sie Ihre Zustimmung zu dem Vorstehenden bestätigen; in diesem Falle gelten diese Note und die Antwortnote Eurer Exzellenz als Bestandteil des Abkommens.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Lautenschlager

Seiner Exzellenz  
dem Botschafter  
der Volksrepublik Bangladesch  
Herrn Muzammel Hussain  
Bonn

## II

## DER BOTSCHAFTER DER VOLKSREPUBLIK BANGLADESCH

Bonn, den 29. Mai 1990

Der Botschafter  
der Volksrepublik Bangladesch

Herr Staatssekretär,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer heutigen Note zu bestätigen, die wie folgt lautet:

*[See note I — Voir note I]*

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß meine Regierung dem Vorstehenden zustimmt.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hussain

Seiner Exzellenz  
dem Staatssekretär  
des Auswärtigen Amts  
Dr. Hans Werner Lautenschlager  
Bonn

---

## [BANGLA TEXT — TEXTE BANGLA]

আয়করের উপর দ্রুত কর-আরোপন পরিহার কলে ফেডারেল  
প্রজাতন্ত্রী জার্মানী ও গণপ্রজাতন্ত্রী বাংলাদেশের মধ্যে  
চুক্তি

ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানী

এবং

গণপ্রজাতন্ত্রী বাংলাদেশ

আয়করের উপর দ্রুত কর-আরোপন পরিহার কলে চুক্তি সম্পাদনের মাধ্যমে তাঁহাদের  
পারস্পরিক অর্থনৈতিক সম্পর্কের উন্নতি সাধনের অভিপ্রায়ে নিম্নরূপ চুক্তি করিলেন :

অনুচ্ছেদ - ১

বাণিজ্যিক আওতা

চুক্তি সম্পাদনকারী এক অথবা উভয় রাষ্ট্রে বসবাসকারী বাণিজ্যিকদের  
প্রতি এই চুক্তি প্রযোজ্য হইবে ।

অনুচ্ছেদ - ২

চুক্তির আওতাধীন করসমূহ

১। চুক্তি সম্পাদনকারী প্রত্যেক রাষ্ট্রে কিংবা উহার ঞ্গদাতা, রাজনৈতিক  
উপ-বিভাগ অথবা স্থানীয় কর্তৃপক্ষের পক্ষে আরোপিত আয়করের ক্ষেত্রে, উহা যে  
প্রকারেই আরোপিত হউক না কেন, এই চুক্তি প্রযোজ্য হইবে ।

২। মোট আয়ের উপর অথবা শহাবর কিংবা অশহাবর সম্পত্তি হস্তান্তর হইতে নক্স মুনাকারর সমেত আয়ের উপদানসমূহের উপর আরোপিত যাবতীয় কর প্রায়কর হিসাবে গণ্য হইবে ।

৩। এই চুক্তি প্রচলিত যে কর সমূহের ক্ষেত্রে প্রযোজ্য সেইগুনি হইতেছে :

(ক) ফেডারেল জার্মান প্রজাতন্ত্রের ক্ষেত্রে :

The Einkommensteuer - (আয়কর)

The Koerperschaftsteuer - (কর্পোরেশন কর) এবং

The Gewerbesteuer - (বানিজ্য কর )

(অতঃপর জার্মান কর বলিয়া উল্লিখিত ) ।

(খ) বাংলাদেশের ক্ষেত্রে :

আয়কর

(অতঃপর "বাংলাদেশ কর" বলিয়া উল্লিখিত ) ।

৪। চুক্তি স্বাক্ষরিত হওয়ার পর প্রচলিত করসমূহের অতিরিক্ত কিংবা উহাদের শহনে আরোপিত কোন অতিরিক্ত অথবা মূলতঃ অনুরূপ কর সমূহের ক্ষেত্রেও এই চুক্তি প্রযোজ্য হইবে ।

সম্বন্ধে - ৩

সাধারণ সংজ্ঞাসমূহ

১। প্রসংগের প্রয়োজনে অনারূপ না হইলে, এই চুক্তির উদ্দেশ্য :

(ক) "বাংলাদেশ" বলিতে গণপ্রজাতন্ত্রী বাংলাদেশ বুঝাইবে ;

(খ) "চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্র" এবং "চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্র" বলিতে প্রসংগ অনুযায়ী ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানী অথবা বাংলাদেশ বুঝাইবে এবং ভৌগোলিক অর্থে ব্যবহৃত হইলে এনাকাকে বুঝাইবে যেখানে সংশ্লিষ্ট রাষ্ট্রের কর আইন বলবৎ রাখিয়াছে বা বলবৎ হইতে পারে ;

(গ) "ব্যক্তি" বলিতে কোন ব্যক্তি, কোম্পানী এবং কর্তৃত্বের উদ্দেশ্যে ইউনিটরূপে গণ্য কোন সত্তাকে বুঝাইবে ;

- (ঘ) "কোম্পানী" বলিতে কোন সংবিধিবদ্ধ-সংশ্লিষ্ট অথবা কর্তৃত্বের উদ্দেশ্যে সংবিধিবদ্ধ-সংশ্লিষ্ট গব্য অন্য কোন সত্তাকে বুঝাইবে ;
- (ঙ) "চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের অধিবাসী" এবং "চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের অধিবাসী" বলিতে প্রসংগ অনুযায়ী বা বাংলাদেশে বসবাসকারী কোন ব্যক্তি কিংবা ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানিতে বসবাসকারী কোন ব্যক্তিকে বুঝাইবে ;
- (চ) "চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের উদ্দেশ্য" এবং "চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের উদ্দেশ্য" বলিতে যথাএক চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের কোন অধিবাসী কর্তৃক পরিচালিত উদ্দেশ্য এবং চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের কোন অধিবাসী কর্তৃক পরিচালিত উদ্দেশ্যকে বুঝাইবে ;
- (ছ) "নাগরিক" বলিতে -
- (কক) ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানীর ক্ষেত্রে , উহার মৌল আইনের ১১৬ অনুচ্ছেদের প্রথম প্যারার তাৎপর্যার্থীন উক্ত রাষ্ট্রের কোন জার্মান অধিবাসী এবং ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানিতে বনবৎ আইন বলে কোন আইনানুগ ব্যক্তি, এবং অনুরূপ মর্যাদাসম্পন্ন অংশীদারিত্ব ও সমিতি বুঝাইবে ;
- (কখ) বাংলাদেশের ক্ষেত্রে , বাংলাদেশের নাগরিকত্বধারী কোন ব্যক্তি এবং বাংলাদেশে বনবৎ আইন বলে কোন আইনানুগ ব্যক্তি, এবং অনুরূপ মর্যাদাসম্পন্ন অংশীদারিত্ব ও সমিতি বুঝাইবে ;
- (কগ) "আনুষ্ঠানিক পরিবহন ব্যবস্থা" বলিতে চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের অভ্যন্তরে যে কোন স্থানে কার্যকরীভাবে পরিবহন ব্যবস্থাপনায় নিয়োজিত এবং কোন উদ্দেশ্য কর্তৃক পরিচালিত কোন নৌ-পরিবহন অথবা বিমান পরিবহন বুঝাইবে ; তবে কেবল মাত্র চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের বিভিন্ন স্থানে পরিচালিত নৌ-পরিবহন অথবা বিমান পরিবহন বুঝাইবে না ;
- (কঘ) "উপযুক্ত কর্তৃপক্ষ" বলিতে -
- ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানীর ক্ষেত্রে , ফেডারেল অর্থ মন্ত্রণালয় এবং

বাংলাদেশের ক্ষেত্রে, জাতীয় রাজস্ব বোর্ড অথবা উহার অনুমোদিত প্রতিনিধিকে বুঝাইবে।

২। চুক্তির সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্র কর্তৃক এই চুক্তির প্রয়োগের ক্ষেত্রে, এই চুক্তিতে কোন শব্দ সংজ্ঞায়িত না হইয়া থাকিলে, তাহা এই চুক্তির আওতাধীন কর প্রসংগে চুক্তির সম্পাদনকারী উক্ত রাষ্ট্রের আইনে যে অর্থে ব্যবহৃত হইয়াছে, প্রসংগের প্রয়োজনে তিস্তরূপ অর্থ না হইলে, সেই অর্থেই ব্যবহৃত হইবে।

অনুচ্ছেদ - ৪

অধিবাসী

-----

১। এই চুক্তির উদ্দেশ্যে "চুক্তির সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের অধিবাসী" বলিতে ঐ রাষ্ট্রের তাহার শহায়া নিবাস, অশহায়া আবাস, ব্যবসায়িক শহায়া কার কারনে অথবা একই প্রকৃতির মানসম্মত অন্য কোন কারনে উক্ত রাষ্ট্রের আইনাধীন করায়োজনযোগ্য কোন ব্যক্তিকে বুঝাইবে। কিন্তু উক্ত রাষ্ট্রের কেবলমাত্র অভ্যন্তরীণ উৎসের আয়ের উপর কর দানে বাধ্য কোন ব্যক্তি এই সংজ্ঞার অন্তর্ভুক্ত বুঝাইবে না।

২। যে ক্ষেত্রে (১) প্যারার বিধানাবলীর কারনে কোন ব্যক্তি চুক্তির সম্পাদনকারী উভয় রাষ্ট্রের অধিবাসী হন, সেই ক্ষেত্রে নিম্নলিখিত বিধি অনুসারে তাহার মর্যাদা নির্ধারিত হইবে :

- (ক) চুক্তির সম্পাদনকারী যে রাষ্ট্রের তাহার নিজের ব্যবহারের জন্য শহায়া বাড়ী রহিয়াছে তিনি সেই রাষ্ট্রের অধিবাসী বলিয়া গণ্য হইবেন, যদি চুক্তির সম্পাদনকারী উভয় রাষ্ট্রেই তাহার নিজের ব্যবহারের জন্য শহায়া বাড়ী থাকে তাহা হইলে চুক্তির সম্পাদনকারী যে রাষ্ট্রের সহিত তাহার ব্যক্তিগত ও অর্থনৈতিক সম্পর্ক অতীব গুরুত্বপূর্ণ স্বার্থের কেন্দ্র অধিকতর তিনি সেই রাষ্ট্রের অধিবাসী বলিয়া গণ্য হইবেন ;
- (খ) চুক্তির সম্পাদনকারী কোন রাষ্ট্রে তাহার অতীব গুরুত্বপূর্ণ স্বার্থের উৎস রহিয়াছে তাহা নির্ণয় করিতে না পারা গেলে অথবা চুক্তির



সম্পাদনকারী কোন রাষ্ট্রেই তাহার নিজের ব্যবহারের জন্য কোন  
সহায়ী বাড়ী না থাকিলে তিনি চুক্তি সম্পাদনকারী সেই রাষ্ট্রের  
অধিবাসী বনিয়া গণ্য হইবেন, যে রাষ্ট্রে তিনি সচরাচর বসবাস  
করিয়া থাকেন ;

(গ) চুক্তি সম্পাদনকারী উভয় রাষ্ট্রেই যদি তিনি সচরাচর বসবাস করেন  
অথবা উহাদের কোনটিতেই যদি তিনি বসবাস না করেন, তাহা  
হইলে তিনি চুক্তি সম্পাদনকারী যে রাষ্ট্রের নাগরিক সেই রাষ্ট্রের  
অধিবাসী বনিয়া গণ্য হইবেন ;

(ঘ) যদি তিনি চুক্তি সম্পাদনকারী উভয় রাষ্ট্রের নাগরিক হন অথবা উহাদের  
কোনটিরই নাগরিক না হন, তাহা হইলে চুক্তি সম্পাদনকারী  
রাষ্ট্রদ্বয়ের উপযুক্ত কর্তৃপক্ষগণ পারস্পরিক সম্মতিএবম্ বিষয়টির  
সীমাংসা করিবেন ।

৩। যে ক্ষেত্রে (১) প্যারার বিধানাবলীর কারণে, একক ব্যক্তি ব্যতীত  
কোন ব্যক্তি চুক্তি সম্পাদনকারী উভয় রাষ্ট্রের অধিবাসী হন, সেই ক্ষেত্রে উক্ত  
ব্যক্তি সেই রাষ্ট্রের অধিবাসী বনিয়া গণ্য হইবেন যে রাষ্ট্রে তাহার কার্যকরী  
ব্যবস্থাপনার ক্ষেত্র অবস্থিত ।

#### অনুচ্ছেদ - ৫

#### সহায়ী প্রতিষ্ঠান

১। এই চুক্তির উদ্দেশ্য পূরনকালে "সহায়ী প্রতিষ্ঠান" বলিতে কারাবাদের সেই  
নির্দিষ্ট স্থানকে বুঝাইবে যে স্থানে কোন উদ্যোগের কারাবার সমগ্রভাবে বা আংশিকভাবে  
পরিচালিত হয় ।

২। "সহায়ী প্রতিষ্ঠান" বলিতে বিদেষভাবে নিম্নলিখিতগুলি অন্তর্ভুক্ত হইবে :

- (ক) ব্যবস্থাপনার স্থান ;
- (খ) শাখা ;
- (গ) অফিস ;

- (ঘ) কারখানা ,  
 (ঙ) কর্ম-বিবির ,  
 (চ) এইরূপ কোন গুদাম, যেখানে অন্য কোন ব্যক্তির জন্য গুদাম ভাড়া  
 করিয়া অন্য রাখার সুযোগ রহিয়াছে এবং  
 (ছ) খনি, তৈল বা গ্যাসকূপ, ভূগর্ভস্থ খাত বা প্রাকৃতিক সম্পদ  
 আহরনের জন্য কোন স্থান ।

৩। অট্রানিকা নির্মানার্থে নির্বাচিত জমি বা নির্মান-স্থান, কিংবা কোন  
 সহায়ন-প্রকল্প যদি ১৮০ দিনের অধিককাল স্থায়ী থাকে, তাহা হইলে উহা স্থায়ী  
 প্রতিষ্ঠান বলিয়া গন্য হইবে ।

৪। এই অনুচ্ছেদের পূর্ববর্তী বিধানাবলীতে যাহা বলা হইয়াছে তাহা সত্ত্বেও ,  
 "স্থায়ী প্রতিষ্ঠান" বলিতে নিম্নলিখিতগুলি অন্তর্ভুক্ত বলিয়া গন্য হইবে না :

- (ক) উদ্যোগের মালিকানাধীন ড্রব্যাডি বা অন্য সামগ্রী ডেবলমাএ গুদামে  
 রাখার বা প্রদর্শনের উদ্দেশ্যে সুযোগ সুবিধার ব্যবহার ,  
 (খ) উদ্যোগের মালিকানাধীন ড্রব্যাডি বা অন্য সামগ্রী ডেবলমাএ  
 গুদামে রাখার বা প্রদর্শনের উদ্দেশ্যে রক্ষণাবেক্ষন ,  
 (গ) কোন উদ্যোগের মালিকানাধীন মঞ্জুদ ড্রব্যাডি বা অন্য-সামগ্রী অন্য  
 কোন উদ্যোগ কর্তৃক ডেবল মাএ প্রদ্রিন্যাজাত করনের উদ্দেশ্যে  
 রক্ষণাবেক্ষন ,  
 (ঘ) উদ্যোগের জন্য ডেবলমাএ ড্রব্যাডি বা অন্য-সামগ্রী অন্য করার  
 কিংবা তথ্য সংগ্রহের উদ্দেশ্যে ব্যবসায়ের নির্দিষ্ট স্থান রক্ষণাবেক্ষন  
 (ঙ) উদ্যোগের জন্য ডেবল মাএ বিজ্ঞাপন-প্রদান, তথ্য সরবরাহ, বা  
 অপর পাতায় দেখুন ।

বৈজ্ঞানিক গবেষণার বায়ু অন্যবিধ প্রস্তুতিমূলক বা সহায়ক প্রকৃতির  
 কার্যাবলী পরিচালনার উদ্দেশ্যে কারবারের নির্দিষ্ট স্থান  
 রক্ষণাবেক্ষন ;

- (চ) ডেবলমাএ (ক) হইতে (ঙ) পর্যন্ত উপ-প্যারাগ্রাফে উল্লিখিত  
 কার্যাবলীর সমন্বয় সাধনের উদ্দেশ্যে কারবারের নির্দিষ্ট স্থান  
 রক্ষণাবেক্ষন - তবে শর্ত এই যে, উক্ত সমন্বয় সাধনে কারবারের

নির্দিষ্ট শব্দের পূর্বাংগ কার্যের ফলাফল প্রস্তুতিমূলক ও সহায়ক প্রকৃতির হইবে ।

৫। অএ অনুচ্ছেদের ১ এবং ২ প্যারার বিধানাবলীতে যাহা বলা হইয়াছে তাহা সত্ত্বেও , ৬ প্যারা প্রযোজ্য এমন কোন স্বাধীন মর্যাদাসম্পন্ন এজেন্ট যে কত্রে কোন উদ্যোগের পক্ষে কোন ব্যক্তি কার্যে নিয়োজিত রাখিয়াছেন এবং যদি -

- (ক) চুক্তি সম্পাদনকারী পক্ষদ্বয়ের কোন দেশে উদ্যোগের নামে তাহার চুক্তি সম্পাদন করার কর্তৃত্ব থাকে এবং যদি তিনি সচরাচর উক্ত কর্তৃত্ব প্রয়োগ করিয়া থাকেন , এবং যদি তাঁহার কার্যকলাপ উক্ত উদ্যোগের ( Enterprise ) জন্য দ্রব্য বা পন্য-সামগ্রী এন্ডয়ের মধ্যে সীমিত না থাকে ,
- (খ) তিনি চুক্তি সম্পাদনকারী পক্ষদ্বয়ের কোন রাষ্ট্রীয় উদ্যোগের মানিকানাধীন দ্রব্য বা পন্য সামগ্রীর যত্নসহ সচরাচর রক্ষণাবেক্ষন করেন যাহা হইতে উক্ত উদ্যোগ ( Enterprise ) এর জন্য বা উহার পক্ষে নিয়মিত ভাবে দ্রব্য বা পন্য-সামগ্রী অর্পণ করা হইয়া থাকে ,
- (গ) তিনি চুক্তি সম্পাদনকারী কোন পক্ষের রাষ্ট্রে সম্পূর্ণরূপে বা প্রায় সম্পূর্ণরূপে কেবল উক্ত উদ্যোগ অথবা উক্ত উদ্যোগ এবং অন্য উদ্যোগসমূহ যে গুলি উক্ত উদ্যোগ দ্বারা নিয়ন্ত্রিত হয় কিংবা যাহাতে উহার নিয়ন্ত্রক-স্বার্থ থাকে , উহার পন্য-সামগ্রী সরবরাহের জন্য সচরাচর অর্ডার গ্রহণ করিয়া থাকেন , তবে উক্ত উদ্যোগের জন্য সেই ব্যক্তি যে সকল কার্য সম্পাদন করেন তৎসম্পর্কিত ক্ষেত্রে উক্ত রাষ্ট্রে সেই উদ্যোগের সহায়ী প্রতিষ্ঠান আছে বলিয়া গন্য হইবে।

অপর পাতায় দেখুন ।

৬। চুক্তি সম্পাদনকারী একটি রাষ্ট্রের কোন উদ্যোগ দালান , সাধারণ কমিশন এজেন্ট বা স্বাধীন মর্যাদাসম্পন্ন অন্য কোন এজেন্টের মাধ্যমে উক্ত রাষ্ট্রে সুধুমাত্র কারবার পরিচালনা করার কারণে উহা সহায়ী বলিয়া গন্য হইবে না , তবে সর্ব এই যে , ঐ সকল ব্যক্তি তাঁহাদের দ্বাভাবিক কারবার পরিচালনায় রত

বাকিবেন এবং তাঁহাদের কার্যাবলী ৫ প্যারার (গ) উপ-প্যারার আওতাধীন  
অর্ডার গ্রহণ সংশ্লিষ্ট হইবে না ।

৫। চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের নিবাসী কোন কোম্পানী , চুক্তি  
সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের অন্য কোন কোম্পানীকে নিয়ন্ত্রণ করিলে অথবা তদ্বারা  
নিয়ন্ত্রিত হইলে , এবং প্রথমোক্ত কোম্পানী উক্ত অপর রাষ্ট্রে কোন স্থায়ী  
প্রতিষ্ঠানের মাধ্যমে বা ভিন্নরূপে ) উহার কার্যাবলী পরিচালনা করিলে তদ্বারা উহার  
যে কোন একটি কোম্পানী অন্য কোম্পানীর স্থায়ী প্রতিষ্ঠান বলিয়া গণ্য হইবে না ।

#### অনুচ্ছেদ - ৬

##### শস্যের সম্পত্তির আয়

২। চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের কোন অধিবাসীর চুক্তি সম্পাদনকারী  
অপর রাষ্ট্রে অবস্থিত শস্যের সম্পত্তি হইতে প্রাপ্ত (কৃষি অথবা বন সম্পদ হইতে  
প্রাপ্ত আয়সহ ) আয়, উক্ত অপর রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইবে ।

২। চুক্তি সম্পাদনকারী যে রাষ্ট্রে আনোচ্য সম্পত্তি অবস্থিত, সেই রাষ্ট্রে  
উক্ত " শস্যের সম্পত্তি " যে অর্থে ব্যবহৃত হইয়াছে তাহা সেই অর্থ বহন করিবে ।  
যাহা হউক , শস্যের সম্পত্তির আনুসংগিক সম্পত্তি , গবাদি পশু এবং কৃষি , বন  
শিল্প ও মৎস্য চাষে ব্যবহৃত সম্পত্তি এবং যে সকল অধিকারের ক্ষেত্রে ভূ-সম্পত্তি  
বিষয়ক সাধারণ আইনের বিধানাবলী প্রযোজ্য তাহা , শস্যের সম্পত্তির উপস্থিতি এবং  
কাজের পন্থা পরিবর্তনশীল বা নির্দিষ্ট মক্কার অধিকার অথবা কাজের অধিকার ,  
সম্বন্ধ সম্পদ , উহার উৎস ও অন্যান্য প্রাকৃতিক সম্পদের উপর অধিকার সমূহ  
" শস্যের সম্পত্তির " অন্তর্ভুক্ত হইবে , জাহাজ , নৌকা এবং উড়োজাহাজ শস্যের  
সম্পত্তি বলিয়া গণ্য হইবে না ।

৩। শস্যের সম্পত্তির সরাসরি ব্যবহার , তাহা ভাড়া দেওয়া বা অন্য যে কোন  
উপায়ে তাহা ব্যবহারের মাধ্যমে প্রাপ্ত আয়ের ক্ষেত্রে ১০ প্যারার বিধানাবলী প্রযোজ্য  
হইবে ।

৪। কোন উদ্যোগের শ্রাবণ সম্পত্তির আয় এবং বেলাগত সেবাকর্ম ব্যবহৃত শ্রাবণ সম্পত্তির আয়ের ক্ষেত্রে ১ম ও ৩য় প্যারার বিধানাবলী প্রযোজ্য হইবে ।

অনুচ্ছেদ - ০

ব্যবসায়ের মুনাকা  
-----

২। চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের কোন উদ্যোগের মুনাকা কেবলমাত্র ঐ উক্ত রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইবে—যদি উক্ত উদ্যোগ চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে শ্রাবণীভাবে প্রতিষ্ঠিত কোন প্রতিষ্ঠানের মাধ্যমে ব্যবসা পরিচালনা না করে । যদি উক্ত প্রতিষ্ঠান উক্ত অপর রাষ্ট্রে উহার ব্যবসা পরিচালনা করে , তাহা হইলে উক্ত উদ্যোগের মুনাকার উপর অপর রাষ্ট্রে করারোপ করা যাইবে, তবে ঐ শ্রাবণী প্রতিষ্ঠানের উপর কেবলমাত্র আরোপযোগ্য মুনাকা সমূহের উপরই অনুরূপ করারোপ করা যাইবে ।

২। ৩ প্যারার বিধানাবলী সাপেক্ষে, যে ক্ষেত্রে চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের কোন উদ্যোগ চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে তৎকর্তৃক শ্রাবণীভাবে প্রতিষ্ঠিত কোন প্রতিষ্ঠানের মাধ্যমে ব্যবসা পরিচালনা করে, যে ক্ষেত্রে উহা যদি সুত্পন্ন ও পৃথক উদ্যোগ হিসাবে নিয়োজিত থাকিয়া একই বা অনুরূপ শর্ত সাপেক্ষে একই বা অনুরূপ কার্যাবলী পরিচালনা করিত এবং উহা যে উদ্যোগের শ্রাবণী প্রতিষ্ঠান, উহার সহিত যদি সম্পূর্ণ স্বাধীনভাবে ব্যবসা করিত তবে উহার নিকট হইতে যে মুনাকা আশা করা যাইত, তদুপ একই মুনাকা চুক্তি সম্পাদনকারী উভয় রাষ্ট্রে ঐ শ্রাবণী প্রতিষ্ঠানের উপর আরোপিত হইবে ।

৩। কোন শ্রাবণী প্রতিষ্ঠানের মুনাকা নির্ধারণ কালে, যে রাষ্ট্রে উক্ত শ্রাবণী প্রতিষ্ঠান অবস্থিত সেই রাষ্ট্রে বা অন্যত্র উক্ত শ্রাবণী প্রতিষ্ঠানের নির্বাহী ও সাধারণ প্রশাসনিক ব্যয়সহ যে সকল অর্থ ব্যয় হয় তাহা বাদ যাইবে ।

৪। চুক্তি সম্পাদনকারী কোন রাষ্ট্রের প্রতিনিধিত্ব, কোন শ্রাবণী প্রতিষ্ঠানের উপর আরোপনীয় মুনাকা যদুপ উহার মোট মুনাকার আনুপাতিক হার উহার বিভিন্ন শাখার মুনাকার ক্ষেত্রে আরোপ করা হয় তদুপ সেই একই ভিত্তিতে কোন শ্রাবণী প্রতিষ্ঠানের উপর আরোপনীয় মুনাকা নির্ধারিত হইবে, তবে ২ প্যারার কোন কিছুই

উক্ত চুক্তির সম্পাদনকারী রাষ্ট্রের ক্ষেত্রে উহার প্রধানমন্ত্রী এইরূপ আনুষ্ঠানিক হারে  
করযোগ্য মুনাকা নির্ধারণের ক্ষেত্রে কোন প্রতিবন্ধকতার সৃষ্টি করিবে না , যাহা হউক,  
গৃহীত এই বন্ধন রীতি এইরূপ হইবে যে, ইহার ফলাফল এই অনুচ্ছেদে বিধৃত  
নীতিমালা অনুযায়ী হইবে ।

অপর পাতায় দেখুন ।

৫। কোন সশস্ত্রী প্রতিষ্ঠান কর্তৃক উহার উদ্যোগের জন্য প্রবা বা অন্য সামগ্রী  
এন্ড করার কারণেই উক্ত সশস্ত্রী প্রতিষ্ঠানের প্রতি কোন মুনাকা আরোপ করা যাইবে  
না ।

৬। যদি প্রতিকূলে কোন উত্তম ও পর্যাপ্ত কারণ না থাকে, তবে পূর্ববর্তী  
প্যারাগ্রাফের উদ্দেশ্যপূরন কলে সশস্ত্রী প্রতিষ্ঠানের উপর আরোপনীয় মুনাকা প্রতি  
বৎসর একই পদ্ধতিতে নির্ধারণ করা হইবে ।

৭। যে ক্ষেত্রে এই চুক্তির অন্যান্য অনুচ্ছেদে বিবিধ আয় সম্পর্কে স্পষ্টভাবে  
ব্যবস্থা গৃহীত হইয়াছে সেই ক্ষেত্রে এই অনুচ্ছেদের বিধানাবলীর দ্বারা ঐ সকল  
অনুচ্ছেদের বিধানাবলী প্রত্যাহিত হইবে না ।

অনুচ্ছেদ - ৮

জাহাজ ও বিমান পরিবহন

১। আনুষ্ঠানিক যানবাহন চলাচলের ক্ষেত্রে বিমান পরিচালন বাবদ প্রাপ্ত মুনাকা  
কেবলমাত্র চুক্তির সম্পাদনকারী সেই রাষ্ট্রে করযোগ্য হইবে যে রাষ্ট্রে উক্ত বিমান  
পরিচালন প্রতিষ্ঠানের কার্যকরী ব্যবস্থাপনা ক্ষেত্র অবস্থিত ।

২। (ক) আনুষ্ঠানিক বিমান পরিচালন বাবদ প্রাপ্ত মুনাকা কেবলমাত্র চুক্তির  
সম্পাদনকারী সেই রাষ্ট্রে করযোগ্য হইবে যে রাষ্ট্রে উক্ত বিমান পরিচালন - উদ্যোগের  
কার্যকরী ব্যবস্থাপনা ক্ষেত্র অবস্থিত ।

(খ) উপ-প্যারা (ক)-এর বিধানাবলীতে যাহা বলা হইয়াছে তাহা সত্ত্বেও, অনুরূপ মুনাফা চুক্তি সম্পাদনকারী অপর যে রাষ্ট্র হইতে প্রাপ্ত সেই রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইবে, তবে শর্ত থাকে যে, এইরূপ দাবীকৃত করের পরিমাণ (কং) এই চুক্তি বনবৎ হওয়ার পর প্রথম পাঁচটি অর্থ বৎসরে শতকরা ৫০ ভাগের অধিক হইবে না, এবং

(খখ) পরবর্তী পাঁচটি অর্থ বৎসরে উক্ত রাষ্ট্রের অভ্যন্তরীণ আইনানুযায়ী প্রকারানুসারে আরোপিত করের শতকরা ২০ ভাগের অধিক হইবে না এবং তৎপরবর্তীকালে কেবল ষাট (ক) উপ-প্যারার বিধানাবলী প্রযোজ্য হইবে।

৩। এই অনুচ্ছেদের বিধানাবলী পূনে বা যৌথ কারবার কিংবা আনুষ্ঠানিক পর্যায়ে পরিচালিত কোন এলেক্সিকিতে অংশ গ্রহনের ফলে মুনাফার প্রতিভ প্রযোজ্য হইবে।

#### অনুচ্ছেদ - ১

#### সহযোগী প্রতিষ্ঠানসমূহ

যে ক্ষেত্রে -

(ক) চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের কোন উদ্যোগ চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের কোন উদ্যোগের ব্যবস্থাপনা, নিয়ন্ত্রণ, অথবা পুঞ্জিতে প্রত্যক্ষ অথবা পরোক্ষভাবে অংশ গ্রহন করে, অথবা

(খ) একই ব্যক্তি বর্গ চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের কোন উদ্যোগের এবং চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের কোন উদ্যোগের ব্যবস্থাপনা, নিয়ন্ত্রণ অথবা পুঞ্জিতে প্রত্যক্ষ বা পরোক্ষভাবে অংশ গ্রহন করে,

এবং উভয় ব্যাপারে উদ্যোগ দুইটির মধ্যে তাহাদের বাণিজ্যিক ও অর্থনৈতিক সম্পর্কের ক্ষেত্রে প্রযুক্ত বা আরোপিত দর্ভাবলী, সুতরাং উদ্যোগ সমূহের মধ্যকার দর্ভাবলী হইতে ভিন্নতর হইলে ঐ সকল শর্ত ব্যতীত উহাদের যে কোন উদ্যোগের যেরূপ মুনাফা অর্জিত হইত, উক্ত উদ্যোগের সেইরূপ মুনাফা অর্জিত হইয়াছে বলিয়া গন্য হইবে এবং তাহা তদনুসারে করযোগ্য হইবে।

## অনুচ্ছেদ - ১০

## নত্যাংশ

-----

১। চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের অধিবাসী কোন কোম্পানী কর্তৃক চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের কোন অধিবাসীকে প্রদত্ত নত্যাংশ উক্ত অপর রাষ্ট্রে করযোগ্য হইতে পারে।

২। তবে, অনুরূপ নত্যাংশ প্রদানকারী কোম্পানী চুক্তি সম্পাদনকারী যে রাষ্ট্রের অধিবাসী সেই রাষ্ট্রের আইন অনুযায়ী উক্ত নত্যাংশের উপরেও অনুরূপ কর আরোপ করা যাইতে পারে, কিন্তু নত্যাংশের গ্রহণতা যদি নত্যাংশের সুবিধাজোগী মানিক হন, তাহা হইলে এই ভাবে ধার্যকৃত কর সর্বমোট নত্যাংশের শতকরা ১৫ ভাগের অধিক হইবে না।

এই প্যারা, কোম্পানীর যে মুনাফা হইতে উক্ত নত্যাংশ প্রদান করা হইবে সেই মুনাফার উপর করারোপন প্রত্যাখিত হইবে না।

৩। এই অনুচ্ছেদে উল্লিখিত "নত্যাংশ" বলিতে আয় হইতে লক্ষ লেয়ার খনিজ-লেয়ার, প্রতিষ্ঠাতার লেয়ারের মুনাফাকে অথবা যাহা মুনাফায় অংশ গ্রহনের ভেদে ঋণ-দাবী নয় এইরূপ অন্যান্য অধিকার এবং বিধিবদ্ধ অন্যান্য অধিকার হইতে উদ্ভূত আয় (যাহা একই প্রকারের করারোপন নীতির পর্তাধীন) এবং মুনাফা বিতরণকারী কোম্পানী যে দেশের অধিবাসী সেই দেশের আইনের মাধ্যমে লেয়ার হইতে উদ্ভূত আয় এবং অর্থ-বিনিয়োগ জিম্বার সার্টিফিকেটের উপর উদ্ভূত আয়ের বন্ধনও "নত্যাংশের" অন্তর্ভুক্ত হইবে।

৪। ১ ও ২ প্যারার বিধানাবলী প্রযোজ্য হইবে না, যদি নত্যাংশের সুবিধাজোগী মানিক চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের অধিবাসী হইয়া চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে, যে রাষ্ট্রে নত্যাংশ প্রদানকারী কোম্পানীর ব্যবসা পরিচালিত হইতেছে, সেইখানে অবস্থিত কোন স্থায়ী প্রতিষ্ঠানের মাধ্যমে ব্যবসা পরিচালনা করেন অথবা উক্ত অপর রাষ্ট্রে অবস্থিত কোন নির্দিষ্ট অবস্থান হইতে স্থায়ী ভাবে পেশাগত সার্টিস প্রদান করেন এবং যে হোল্ডিং হইতে নত্যাংশ দেওয়া হইতেছে তাহা যদি উক্ত স্থায়ী প্রতিষ্ঠান



অথবা নির্দিষ্ট অবস্থানের সহিত কার্যকরীভাবে যুক্ত থাকে তবে এইরূপ ক্ষেত্রে তৎপ্রতি অনুচ্ছেদ ৭ এবং ১৪ এর বিধানাবলী প্রযোজ্য হইবে ।

অপর পাতায় দেখুন ।

৩। যে ক্ষেত্রে চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের অধিবাসী কোন কোম্পানী চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্র হইতে মুনাফা বা আয় প্রাপ্ত হয়, সে ক্ষেত্রে উক্ত কোম্পানী কর্তৃক প্রদত্ত নত্যাংশের উপর উক্ত অপর রাষ্ট্র কোন করারোপ করিতে পারিবেন না । তবে উক্ত অপর রাষ্ট্রের কোন অধিবাসীকে প্রদত্ত নত্যাংশের ক্ষেত্রে কিংবা উক্ত অপর রাষ্ট্রে অবস্থিত কোন শ্রমায়ী প্রতিষ্ঠান বা নির্দিষ্ট ঘাঁটির সংগে কার্যকরীভাবে সম্পর্কযুক্ত কোন হোল্ডিংয়ের ক্ষেত্রে ইহার ব্যতিক্রম হইবে । অনুরূপ অপর রাষ্ট্রে প্রদত্ত নত্যাংশ বা অবিলিঙ্কত মুনাফা অনুরূপ আয়কৃত মুনাফা বা আয়ের সম্পূর্ণ বা অংশ বিশেষ হইলেও কোম্পানীর অনুরূপ অবিলিঙ্কত মুনাফার উপর কোন কর আরোপ করা হইবে না ।

অনুচ্ছেদ - ১১

সুদ

১। চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রে নক সুদ চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের কোন অধিবাসীকে প্রদান করা হইলে তাহা উক্ত অপর রাষ্ট্রে করযোগ্য হইতে পারে ।

২। তবে, এইরূপ সুদ চুক্তি সম্পাদনকারী যে রাষ্ট্রে নক সেই রাষ্ট্রের আইন অনুযায়ী সেই রাষ্ট্রেও করযোগ্য হইতে পারে, কিন্তু সুদ গ্রহীতা যদি উক্ত সুদের সুবিধাজনক মানিক হন, তাহা হইলে এইরূপ ধার্যকৃত কর মোট সুদের শতকরা ১০ ভাগের অধিক হইবে না ।

৩। দ্বিতীয় প্যারার বিধানাবলীতে যাহা বলা হইয়াছে তাহা সত্ত্বেও -

- (ক) ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানিতে উদ্ভূত এবং বাংলাদেশ সরকার বা বাংলাদেশ ব্যাংকে প্রদত্ত সুদ জার্মান কর হইতে অব্যবহতি পাইবে ;
- (খ) বাংলাদেশ উদ্ভূত এবং জার্মান সরকার, - The Deutsche Bundesbank, The Kreditanstalt für Wiederaufbau or the Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) কে প্রদত্ত সুদ বাংলাদেশ কর

হইতে অব্যাহতি পাইবে ।

অন্য কোন সরকারী প্রতিষ্ঠানের প্রতি এই প্যারা প্রযোজ্য হইবে কিনা তাহা চুক্তি সম্পাদনকারী রাষ্ট্রসমূহের উপযুক্ত কর্তৃপক্ষগণ পারস্পরিক সম্মতিএসম নিৰ্ধারন করিতে পারিবেন ।

৪। এই অনুচ্ছেদে উল্লেখিত "সুদ" শব্দটির অর্থ হইতেছে বন্ধকের মাধ্যমে নিরাপত্তা বিক্ষিত হউক বা না হউক এবং ঙগ-গ্রহীতার মুনাফায় অংশ গ্রহনের অধিকার থাকুক বা না থাকুক, সর্ব প্রকার ঙগ-দাবী হইতে নস্ব জায় এবং বিশেষ করিয়া সরকারী ছাযানত তমসুক বা ঙগ-পএ নক জায় এবং তৎসহ উক্ত ছাযানত তমসুক বা ঙগ-পএের সহিত যুক্ত নাভ বা প্রতিদান । এই অনুচ্ছেদের উদ্দেশ্য পূরনকল্পে বিনম্বে পরিশোধ বাবত অর্থদন্ড সুদ বলিয়া গন্য হইবে না ।

অপর পাতায় দেখুন ।

৫। যদি সুদের সুবিধাতোপী মানিক চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের অধিবাসী হইত্বা যে রাষ্ট্রে সুদের উৎপত্তি হইয়াছে চুক্তি সম্পাদনকারী সেই অপর রাষ্ট্রে অবস্থিত কোন স্হায়ী প্রতিষ্ঠানের মাধ্যমে কারবার পরিচালনা করেন, অথবা উক্ত অপর রাষ্ট্রে অবস্থিত কোন নির্দিষ্ট কেন্দ্র হইতে পেশাগত কার্য সম্পাদন করেন এবং যে ঙগদাবী বাবদ সুদ প্রদান করা হয় তাহা উক্ত স্হায়ী প্রতিষ্ঠান অথবা নির্দিষ্ট কেন্দ্রের সহিত সক্রিয়ভাবে সম্পর্কবৃত্ত হয় তাহা হইলে এই অনুচ্ছেদের ১ হইতে ৩ প্যারার বিধানাবলী তৎপ্রতি প্রযোজ্য হইবে না । এইরূপ ক্ষেত্রে, ক্ষেত্রমত, ৭ বা ১৪ অনুচ্ছেদের বিধানাবলী প্রযোজ্য হইবে ।

৬। যে ক্ষেত্রে চুক্তি সম্পাদনকারী কোন রাষ্ট্র, রাষ্ট্রীয় ভূমি, রাষ্ট্রনৈতিক উপ-বিভাগ, স্হানীয় কর্তৃপক্ষ কিংবা উক্ত রাষ্ট্রের কোন অধিবাসী সূয়ং সুদ প্রদান করেন, সে ক্ষেত্রে উক্ত রাষ্ট্রেই ঐ সুদের উৎপত্তি হইয়াছে বলিয়া গন্য হইবে । তবে সুদ প্রদানকারী ব্যক্তি চুক্তি সম্পাদনকারী কোন রাষ্ট্রের অধিবাসী হউন বা না হউন, চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রে যদি তাহার কোন স্হায়ী প্রতিষ্ঠান বা নির্দিষ্ট কেন্দ্র থাকে এবং যে ঙগ বাবদ তাহার সুদ প্রদান করিতে হয় তাহা যদি উক্ত প্রতিষ্ঠানে বা কেন্দ্রের সহিত সংশ্লিষ্ট সুদ হয় এবং তাহা যদি উক্ত স্হায়ী প্রতিষ্ঠান বা নির্দিষ্ট

কেন্দ্রকেই বহন করিতে হয়, তাহা হইলে এইরূপ সুদ সেই রাষ্ট্রে উদ্ভূত হইয়াছে বলিয়া গণ্য হইবে, যে রাষ্ট্রে উক্ত প্রতিষ্ঠান বা কেন্দ্র অবস্থিত।

৭। যে ক্ষেত্রে সুদদাতা ও সুদের সুবিধাতোগী মানিকের মধ্যে অথবা তাহাদের উভয়ের ও অপর কোন ব্যক্তির মধ্যে বিশেষ কোন সম্পর্ক হেতু যে ঋণদাবী বাবদ সুদ প্রদত্ত হয় তাহার প্রতি লক্ষ্য রাখিয়া প্রদত্ত সুদের পরিমাণ ঐরূপ সম্পর্কের অবর্তমানে দাতা ও সুবিধাতোগী মানিকের সম্পত্তিএবম শিহরীকৃত পরিমাণ অপেক্ষা অধিক হয়, সেই ক্ষেত্রে এই অনুচ্ছেদের বিধানাবলী কেবলমাত্র এ শেষোক্ত পরিমাণের উপর প্রযোজ্য হইবে। এইরূপ ক্ষেত্রে প্রদত্ত অর্ধের অতিরিক্ত অংশ, এই চুক্তির অন্যান্য বিধানের প্রতি যথাযথ গুরুত্ব প্রদান পূর্বক চুক্তি সম্পাদনকারী প্রত্যেক রাষ্ট্রের নিজ নিজ আইন অনুযায়ী করযোগ্য হইবে।

অনুচ্ছেদ - ১২

#### রয়্যানটি

১। চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রে অর্জিত অর্থ (রয়্যানটি) চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের কোন অধিবাসীকে প্রদান করা হইলে তাহা উক্ত অপর রাষ্ট্রে করযোগ্য হইবে।

২। তবে চুক্তি সম্পাদনকারী যে রাষ্ট্র ঐরূপ অর্জিত অর্থের (রয়্যানটি) উৎস সেই রাষ্ট্রের আইন অনুযায়ী তাহা সেই রাষ্ট্রে ও করযোগ্য হইতে পারে। কিন্তু, যদি প্রাপক উক্ত অর্থের (রয়্যানটির) সুবিধাতোগী মানিক হন তাহা হইলে ঐরূপ ধার্যকৃত কর রয়্যানটির মোট পরিমাণের দতকরা ১০ ভাগের অধিক হইবে না।

৩। এই অনুচ্ছেদে "রয়্যানটি" বলিতে কোন সাহিত্য, দিল্লদর্ম অথবা বিজ্ঞান প্রস্তুত গ্রন্থসমূহ (বেরিরাইট) এবং সংসদ বেতার বা টেলিভিশনের মাধ্যমে সম্প্রচারের উদ্দেশ্যে চলচ্চিত্র প্রদর্শন-সম্প্রচার ফিল্ম বা টেইপ ব্যবহার বা ব্যবহারের অধিকারের বিনিময়ে, অথবা কোন পেটেন্ট, ট্রেড-মার্ক নকশা বা মডেল, পরিকল্পনা, গোপন-কর্তৃনা বা প্রতিষ্ঠা অথবা দিল্ল-বানিজ্য সম্পর্কিত ড্রয়াদি বা বৈজ্ঞানিক সম্প্রতি,

অথবা শিল্প, বাণিজ্য বা বিজ্ঞান বিষয়ে অতিষ্ঠতা সংক্রান্ত তথ্যাদির ব্যবহারের বা ব্যবহারের অধিকারের বিষয়ে প্রাপ্ত যে কোন প্রকার অর্থ ব্যতীত, কিন্তু বিনিয়োগ, মাল-স্বত্ব অথবা ঐকন-রূপ বা অন্য কোন সন্ধান হইতে প্রাকৃতিক সম্পদ আহরণের কাজে প্রদত্ত কোন অর্থ ইহার অন্তর্ভুক্ত হইবে না।

৪। এই অনুচ্ছেদের ১ ও ২ প্যারার বিধানাবলী প্রযোজ্য হইবে না, যদি রয়্যালটির সুবিধাতোগী মানিক চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের অধিবাসী হইয়া যে রাষ্ট্রে রয়্যালটির উৎপত্তি হইয়াছে, চুক্তি সম্পাদনকারী, সেই অপর রাষ্ট্রে অবস্থিত কোন স্থায়ী প্রতিষ্ঠানের মাধ্যমে কারবার পরিচালনা করে অথবা সেই অপর রাষ্ট্রে অবস্থিত কোন নির্দিষ্ট কেন্দ্র হইতে উক্ত অপর রাষ্ট্রে পেশাগত কার্য সম্পাদন করেন, এবং যে অধিকার অথবা সম্পত্তি বাবদ উক্ত রয়্যালটি প্রদান করা হয় তাহা যদি ঐরূপ স্থায়ী প্রতিষ্ঠান বা নির্দিষ্ট কেন্দ্রের সহিত সক্রিয়ভাবে সম্পর্কযুক্ত হয়। এইরূপ ক্ষেত্রে, ৭ নং বা ১৪ নং অনুচ্ছেদের বিধানাবলী, ক্ষেত্রমত, প্রযোজ্য হইবে।

৫। চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রে রয়্যালটি তখনই উদ্ভূত হইয়াছে বলিয়া গণ্য হইবে যখন রয়্যালটি দাতা সূত্র সেই রাষ্ট্রে, উহার কোন ভূখণ্ড, কোন রাজনৈতিক বা প্রশাসনিক উপ-বিভাগ, কোন স্থায়ী ভূখণ্ড অথবা উক্ত রাষ্ট্রের কোন অধিবাসী। তবে চুক্তি সম্পাদনকারী কোন রাষ্ট্রের অধিবাসী হউন বা না হউন, রয়্যালটি প্রদানকারী ব্যক্তির স্থায়ী সম্পাদনকারী কোন রাষ্ট্রে যদি কোন স্থায়ী প্রতিষ্ঠান বা নির্দিষ্ট কেন্দ্র থাকে, এবং যাহার ব্যাপারে রয়্যালটি প্রদানের বাধ্যবাধকতা উদ্ভূত হইয়াছে এবং উক্ত রয়্যালটি ঐ স্থায়ী প্রতিষ্ঠান বা নির্দিষ্ট কেন্দ্রে বহন করিতে হয়, তাহা হইলে উক্ত রয়্যালটি চুক্তি সম্পাদনকারী সেই রাষ্ট্রে উক্ত স্থায়ী প্রতিষ্ঠান বা নির্দিষ্ট কেন্দ্র অবস্থিত।

৬। যে ক্ষেত্রে রয়্যালটি প্রদানকারী রয়্যালটির সুবিধাতোগী মানিকের মধ্যে অথবা তাহাদের উভয়ের ও অপর কোন ব্যক্তির মধ্যে বিশেষ সম্পর্ক হেতু রয়্যালটির ব্যবহার, অধিকার অথবা যে তথ্য বাবদ রয়্যালটি প্রদত্ত হয় তাহার প্রতি লক্ষ্য রাখিয়া প্রদত্ত রয়্যালটির পরিমাণ, ঐরূপ সম্পর্কের অবর্তমানে উক্ত রয়্যালটি প্রদানকারী এবং উহার সুবিধাতোগী মানিকের সম্পর্কিত সিস্টেমিক পরিমাণ অপেক্ষা অধিক হয়, সেই ক্ষেত্রে এই অনুচ্ছেদের বিধানাবলী কেবলমাত্র এ দৃষ্টান্তে পরিমিত ক্ষেত্রেই প্রযোজ্য হইবে। এইরূপ ক্ষেত্রে, প্রদত্ত অর্থের অতিরিক্ত অংশ এই চুক্তির অন্যান্য বিধানের

প্রতি যথাযথ গুরুত্ব প্রদান পূর্বক) চুক্তি সম্পাদনকারী প্রত্যেক রাষ্ট্রের নিম্ন বিধি আইন আনুযায়ী করযোগ্য হইবে।

অনুচ্ছেদ - ১০

মূলধন মুনাফা

১। ৬ অনুচ্ছেদের ২য় প্যারায় বর্ণিত শ্রাব্য সম্পত্তি হস্তান্তরের ফলে প্রাপ্ত মুনাফা, চুক্তি সম্পাদনকারী সেই রাষ্ট্রে করযোগ্য হইবে যে রাষ্ট্রে উক্ত সম্পত্তি অবস্থিত। এই প্যারার উদ্দেশ্য পূরণ কল্পে চুক্তি সম্পাদনকারী কোন রাষ্ট্রে অবস্থিত কোন কোম্পানীর দেয়ার-সম্পদ সম্পূর্ণরূপে বা প্রায় সম্পূর্ণরূপে শ্রাব্য সম্পদের সমন্বয় এ গঠিত হইলে উহা উক্ত রাষ্ট্রে অবস্থিত সেই কোম্পানীর শ্রাব্য সম্পত্তি বলিয়া গণ্য হইবে।

২। চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের কোন উদ্যোগের মালিকানাধীন চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে অবস্থিত কোন শ্রায়ী প্রতিষ্ঠানের কারবারী সম্পত্তির ক্ষেত্র বিধে এবং অশ্রাব্য সম্পত্তি, অথবা পেশাগত কার্যাদি সম্পদের উদ্দেশ্যে চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের কোন অধিবাসীর ব্যবহারের জন্য চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে অবস্থিত কোন নির্দিষ্ট কেন্দ্র সম্পর্কিত কোন অশ্রাব্য সম্পত্তি হস্তান্তর বাবদ প্রাপ্ত মুনাফা, উক্ত শ্রায়ী প্রতিষ্ঠান (একত-ভাবে অথবা সমগ্র উদ্যোগ সমেত) অথবা ঐরূপ নির্দিষ্ট কেন্দ্র হস্তান্তর বাবদ, প্রাপ্ত অনুরূপ মুনাফা উক্ত অপর রাষ্ট্রে করযোগ্য হইতে পারে।

৩। আনুষ্ঠানিক পথে পরিচালিত জাহাজ বা বিমান, অথবা অনুরূপ জাহাজ বা বিমান পরিচালনার সহিত সংশ্লিষ্ট অশ্রাব্য সম্পত্তি হস্তান্তরের ফলে প্রাপ্ত মুনাফা কেবলনা এ চুক্তি সম্পাদনকারী সেই রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইবে যে রাষ্ট্রে অনুরূপ উদ্যোগের কার্যকারী ব্যবস্থাপনা কেন্দ্র অবস্থিত।

৪। ১ প্যারার বিধানাবলী সাপেক্ষে, চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের অধিবাসী কোন কোম্পানীর দেয়ার হস্তান্তরের ফলে অর্জিত মুনাফা সেই রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইবে।

৫। ১ হইতে ৪ প্যারায় বর্ণিত সম্পত্তি ব্যতিরেকে অন্য কোন সম্পত্তি হস্তান্তরের ফলে প্রাপ্ত যুনাফা চুক্তি সম্পাদনকারী কেবলমাত্র সেই রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইবে, হস্তান্তরকারী যে রাষ্ট্রেই অধিবাসী।

#### অনুচ্ছেদ - ১৪

##### স্থায়ী ব্যক্তিগত কার্যাদি

১। পেশাগত কার্যাদি অথবা সূত্রে ধরনের অন্যান্য কার্যাবলী বাবদ চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের অধিবাসী কর্তৃক অর্জিত আয় কেবল মাত্র উক্ত রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইবে, যদি না :

- (ক) চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে তাহার কার্যাবলী সম্পাদনার উদ্দেশ্যে তাহার জন্য নিয়মিত ব্যবহার্য কোন নির্দিষ্ট কেন্দ্র ( Fixed base ) থাকে, তবে আয়ের যতটুকু অংশ ঐ নির্দিষ্ট কেন্দ্রের সহিত সম্পর্কযুক্ত কেবলমাত্র উক্ত চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে করযোগ্য হইবে, অথবা
- (খ) চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে উর্দায় কর্ম সম্পাদন সংশ্লিষ্ট কর বৎসরে তাহার অবস্থান সর্বমোট ১০ দিন কিংবা উহার অধিক কালের জন্য হইয়া থাকে।

২। "পেশাগত কার্য" বলিতে বিশেষতঃ বিজ্ঞান, সাহিত্য, শিল্প, শিক্ষা বা শিক্ষাদান বিষয়ক সূত্রে কার্যাবলীকে বুঝাইবে এবং চিকিৎসক, আইনজীবী, প্রকৌশলী, শ্রমিক, দল-চিকিৎসক ও হিসাব রক্ষকের সূত্রে কার্যাবলী ও ইহার অন্তর্ভুক্ত হইবে।

#### অনুচ্ছেদ - ১৫

##### নির্ভরশীল ব্যক্তিগত কার্যাদি

১। ১৬, ১৮ এবং ১৯ অনুচ্ছেদের বিধানাবলী সাপেক্ষে, চুক্তি সম্পাদনকারী কোন এক রাষ্ট্রের অধিবাসী কর্তৃক সম্পাদিত কর্ম বাবদ প্রাপ্যবেতন, মঞ্জুরী ও

অনুরূপ অন্যান্য পারিশ্রমিক কেবলমাত্র ঐ রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইবে, যদি না উক্ত কর্ম চুক্তির সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে সম্পাদিত হয়। যদি উক্ত কর্ম অনুরূপ ভাবে সম্পাদিত হয়, তাহা হইলে উহা হইতে প্রাপ্ত পারিশ্রমিক উক্ত অপর রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইবে।

২। ১ প্যারার বিধানবলিতে যাহা বলা হইয়াছে তাহা সত্ত্বেও, চুক্তির সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের অধিবাসী কর্তৃক চুক্তির সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে সম্পাদিত কোন কর্ম বাবদ প্রাপ্ত পারিশ্রমিক কেবলমাত্র প্রথমোক্ত রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইবে, যদি :

- (ক) প্রাপ্ত উক্ত অপর রাষ্ট্রে সংশ্লিষ্ট কর বৎসরে অনধিক সর্বমোট ১৮০ দিন অবস্থান করিয়া থাকেন, এবং
- (খ) উক্ত অপর রাষ্ট্রের অধিবাসী নহেন এইরূপ কোন মানিক কর্তৃক অথবা তাহার পক্ষে উক্ত পারিশ্রমিক প্রদান করা হইয়া থাকে, এবং
- (গ) নিয়োগকর্তার মানিকানাধীন অপর রাষ্ট্রে অবস্থিত কোন স্থায়ী প্রতিষ্ঠান বা নির্দিষ্ট কেন্দ্র ( Fixed base ) কর্তৃক পারিশ্রমিক বহন করা না হইয়া থাকে।

৩। এই অনুচ্ছেদের পূর্ববর্তী বিধানবলিতে যাহা বলা হইয়াছে তাহা সত্ত্বেও, আনুষ্ঠানিক যান বাহন চলাচল ব্যবস্থাপনায় পরিচালিত কোন জাহাজ বা বিমানে সম্পাদিত কর্ম বাবদ পারিশ্রমিক, চুক্তির সম্পাদনকারী সেই রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইবে যে রাষ্ট্রে সেই প্রতিষ্ঠানের কার্যকরী ব্যবস্থাপনা হইয়াছে।

অনুচ্ছেদ - ১৬

পরিচালকগণের ফিস

চুক্তির সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের কোন অধিবাসী কর্তৃক চুক্তির সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের অধিবাসী কোন কোম্পানীর পরিচালকমন্ডলীর কোন সদস্যরূপে অর্জিত ফিস বা প্রাপ্ত অনুরূপ অর্থ উক্ত অপর রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইতে পারে।

অনুচ্ছেদ - ১৭

সম্পাদনার শিল্পী ও এগীড়াবিদ

১। ৭, ১৪ এবং ১৫ অনুচ্ছেদের বিধানবর্নিত যাহা বলা হইয়াছে তাহা সত্ত্বেও, চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের কোন অধিবাসী কর্তৃক নাট্য বা প্রলঙ্কিত শিল্পী, বেতার বা টেলিভিশন শিল্পী কিংবা সংগীতজ্ঞের ন্যায় চিও-বিনোদনকারী অথবা এগীড়াবিদ হিসাবে চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে তাহার ব্যক্তিগত কার্যাবলী ও এগীড়ানৈপুণ্যের না ধ্যমে অর্জিত আয় উক্ত অপর রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইবে।

২। যে ক্ষেত্রে কোন চিওবিনোদনকারী অথবা এগীড়াবিদ কর্তৃক ব্যক্তিগত এগীড়ানৈপুণ্য প্রদর্শনের মাধ্যমে অর্জিত আয় তাহার নিজের কাছে জমা বা হইয়া অন্য কোন ব্যক্তির নিকট জমা হয়, সেক্ষেত্রে উক্ত আয়, ৭, ১৪ এবং ১৫ অনুচ্ছেদের বিধানবর্নিত যাহা বলা হইয়াছে তাহা সত্ত্বেও চুক্তি সম্পাদনকারী যে রাষ্ট্রে চিওবিনোদনকারীর কিংবা এগীড়াবিদের অনুরূপ নৈপুণ্য প্রদর্শিত হয় সেই রাষ্ট্রে করযোগ্য হইবে।

৩। চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রে কোন চিওবিনোদনকারী বা এগীড়াবিদ ভ্রমণ সম্পূর্ণভাবে বা বস্তুতঃ যদি চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে সরকারী অর্থে, উহার ত্ত্ব-সংক্রান্ত, রাজনৈতিক উপ-বিভাগ কিংবা উহার কোন শাসনীয় কর্তৃপক্ষের অর্থে সম্পন্ন হয় তাহা হইলে এই অনুচ্ছেদের ১ এবং ২ প্যারার বিধানাবলী তৎপ্রতি প্রযোজ্য হইবে না।

অনুচ্ছেদ - ১৮

অবসর ভাতা

১৯ অনুচ্ছেদের ১ এবং ৩ প্যারার বিধানাবলী সাপেক্ষে চুক্তি সম্পাদনকারী কোন রাষ্ট্রের অধিবাসীকে তাহার অর্জিত করের বিনিময়ে প্রদত্ত অবসর-ভাতা এবং অনুরূপ অন্যান্য পারিশ্রমিক বেবন মাএ উক্ত রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইবে।



অনুচ্ছেদ - ১৯

সরকারী কর্ম

১। যদি চুক্তি সম্পাদনকারী কোন রাষ্ট্র উহার তু-খন্ড বা কোন রাজনৈতিক উপ-বিভাগ অথবা কোন শহানীয় কর্তৃপক্ষ কোন ব্যক্তিকে, তৎকর্তৃক সম্পাদিত কর্মের বিবিধে অবসর ভাতা সহ কোন পারিশ্রমিক প্রদান করেন, তবে উক্ত রাষ্ট্রেরই ভাষা করযোগ্য হইবে। যাহা হউক এইরূপ পারিশ্রমিক চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে কেবল যাত্রা তখনই করযোগ্য হইবে যখন ঐ ব্যক্তি উক্ত অপর রাষ্ট্রে কার্য সম্পাদন করেন এবং যদি তিনি উক্ত রাষ্ট্রের অধিবাসী এবং নাগরিক হন এবং প্রথমোক্ত রাষ্ট্রের নাগরিক না হন।

২। চুক্তি সম্পাদনকারী কোন রাষ্ট্র, উহার তু-খন্ড, কোন রাজনৈতিক উপ-বিভাগ বা শহানীয় কর্তৃপক্ষ কর্তৃক পরিচালিত কোন ব্যবসায়ের ক্ষেত্রে সম্পাদিত কার্যের জন্য প্রদেয় পারিশ্রমিক বা অবসর ভাতার প্রতি ১৫, ১৬ এবং ১৮ অনুচ্ছেদের বিধানাবলী প্রযোজ্য হইবে।

৩। চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্র, উহার কোন তু-খন্ড, রাজনৈতিক উপ-বিভাগ কিংবা উহার কোন শহানীয় কর্তৃপক্ষের কোন উন্নয়ন সহায়তা কর্মসূচীর অধীনে চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের সম্মুখে তদায় প্রেরিত কোন বিশেষজ্ঞ বা সূক্ষ্মাসেবককে, প্রথমোক্ত রাষ্ট্র, উহার কোন তু-খন্ড, রাজনৈতিক উপ-বিভাগ, শহ শহানীয় কর্তৃপক্ষ বা অন্যবিধ সরকারী প্রতিষ্ঠান কর্তৃক তাহার পারিশ্রমিক হিসাবে প্রদত্ত অর্থের প্রতি ১ প্যারার বিধানাবলী অনুরূপভাবে প্রযোজ্য হইবে।

অনুচ্ছেদ - ২০

শিক্ষক, ছাত্র ও প্রশিক্ষনাধীন ব্যক্তি

১। যে ব্যক্তি চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের অথবা উহার কোন বিশু-বিদ্যালয়, মহাবিদ্যালয়, বিদ্যালয়, বাসুঘর অথবা অন্যবিধ কোন সংস্কৃতির

প্রতিষ্ঠানের আমন্ত্রণে অথবা সরকারী কোন সাংস্কৃতিক কর্মসূচীর বিনিময়ের অধীন  
 অনুরূপ কোন প্রতিষ্ঠানে ফেলনামা শিক্ষাদান, বৃত্তান্তাদান অথবা গবেষণা কার্য  
 সম্পাদনের উদ্দেশ্যে অনধিক দুই বৎসর মেয়াদের জন্য সফর করেন এবং যিনি চুক্তি  
 সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের একজন অধিবাসী অথবা উক্ত সফরের অব্যাহতি পূর্বে যিনি  
 অনুরূপ একজন অধিবাসী ছিলেন, তিনি তাঁহার অনুরূপ কর্ম তৎপরতার জন্য তাঁহার  
 পারিশ্রমিকের উপর প্রত্যেক রাষ্ট্রের কর হইতে অব্যাহতি পাইবেন, তবে দর্ত  
 থাকে যে, অনুরূপ পারিশ্রমিক বেন সেই রাষ্ট্র বহির্ভূত উৎস হইতে তৎকর্তৃক অর্জিত হয়।

২। চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে সফরের অব্যাহতি পূর্বে চুক্তি সম্পাদনকারী  
 এক রাষ্ট্রের অধিবাসী ছিলেন এমন কোন ব্যক্তি যদি উক্ত অপর রাষ্ট্রের বিশ্ববিদ্যালয়,  
 কলেজবিদ্যালয়, বিদ্যালয় অথবা অনুরূপ অন্যবিধ কোন শিক্ষা প্রতিষ্ঠানের শিক্ষা বহিস  
 হিসাবে ( ফেডারেল প্রডাক্টস টী কার্যাবীর ক্ষেত্রে a volountaer or a Praktikanu  
 সহকারে ) অশাহায়াভাবে উক্ত অপর রাষ্ট্রে অবস্থান করেন, তাহা হইলে তিনি উক্ত  
 সফর উপলক্ষে উক্ত অপর রাষ্ট্রে তাহার প্রথম আগমনের তারিখ হইতে নিম্নলিখিত  
 ক্ষেত্রে কর অব্যাহতি পাইবেন :

- (ক) তাহার ভরব পোষন, শিক্ষা অথবা প্রশিক্ষনের উদ্দেশ্যে তাহাকে  
 বিদেশ হইতে প্রেরিত যাবতীয় অর্থ, এবং
- (খ) সর্বমোট অনধিক তিন বৎসর মেয়াদের জন্য, এতদুদ্দেশ্যে  
 তৎকর্তৃক প্রাপ্ত অর্থের ছাটটি পুরনের জন্য চুক্তি সম্পাদনকারী  
 উক্ত অপর রাষ্ট্রে তাঁহার ব্যক্তিগত কাজের বিনিময়ে অর্জিত  
 অনধিক সাত হাজার দুইশত ডার্মান মার্ক অথবা সংশ্লিষ্ট অর্থ  
 বৎসরের জন্য সমপরিমাণ বাংলাদেশী মুদ্রায় অর্জিত পারিশ্রমিক।

অপর পাতায় দেখুন।

৩। কোন ব্যক্তি যিনি চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে ভ্রমণের অব্যাহতি  
 পূর্বে চুক্তি সম্পাদনকারী কোন একটি রাষ্ট্রের অধিবাসী ছিলেন এবং বৈজ্ঞানিক,  
 শিক্ষা, ধর্মীয় অথবা স্নাতব্য প্রতিষ্ঠানের সম্পত্ত্বরী, ভাতা অথবা রুড়ি প্রাপক  
 হিসাবে অথবা চুক্তি সম্পাদনকারী কোন একটি রাষ্ট্রের সরকারের সহিত সম্পাদিত  
 কারিগরী সাহায্য কর্মসূচীর অধিনে ফেলনামা অধ্যায়ন, গবেষণা অথবা প্রশিক্ষনের

উদ্দেশ্যে অস্থায়ীভাবে চুক্তি সম্পাদনকারী উক্ত অপর রাষ্ট্রে অবস্থান করেন, তিনি উক্ত ভ্রমণ উপলক্ষে উক্ত অপর রাষ্ট্রে তাহার প্রথম আগমনের তারিখ হইতে উক্ত অপর রাষ্ট্রে নিয়ন্ত্রিত ক্ষেত্রে কর প্রদান করা হইতে অব্যাহতি পাইবেন :

- (ক) অনুরূপ মমতুরী ভাতা অথবা রুটি বাবদ অর্থ, এবং  
(খ) তাঁহার ভ্রমণ-খরচ, শিক্ষা, অথবা প্রশিক্ষণের উদ্দেশ্যে বিদেশ হইতে তাঁহাকে প্রেরিত সমুদয় অর্থ।

#### অনুচ্ছেদ - ২১

##### অন্যান্য আয়

১। এই অনুচ্ছেদের ২ প্যারার বিধানাবলী সাপেক্ষে, চুক্তি সম্পাদনকারী রাষ্ট্রের কোন অধিবাসীর আয়ের যে সকল আইটেম সম্পূর্ণ এই চুক্তির পূর্ববর্তী অনুচ্ছেদ সমূহে স্পষ্টরূপে উল্লেখ করা হয় নাই তাহা কেবল না এ চুক্তি সম্পাদনকারী উক্ত রাষ্ট্রেই করযোগ্য হইবে।

২। যাহা হউক, চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের কোন অধিবাসীর অনুরূপ আয় যদি চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের উৎস সমূহ হইতে উদ্ভূত হয় তাহা হইলে উক্ত আয় ও উক্ত অপর রাষ্ট্রের আইন অনুযায়ী করযোগ্য হইবে।

#### অনুচ্ছেদ - ২২

##### উদ্ভূত কররোধ হইতে অব্যাহতি

১। ফেডারেল প্রতাপত্রী কার্মানীর কোন অধিবাসীর ক্ষেত্রে নিম্নরূপে কর নির্ধারণ করা হইবে :

- (ক) (খ) উপ-প্যারার বিধানাবলী প্রযোজ্য না হইলে, - এই চুক্তি অনুসারে বা বাংলাদেশে অর্জিত আয়ের যে আইটেম বাংলাদেশে

করযোগ্য হইতে পারে তাহা অনুরূপভাবে আরোপিত হউক বা না হউক, যে ভিত্তিতে জার্মান কর আরোপিত হয়, সেই ভিত্তিতে কররূপন হইতে বাদ থাকিবে। যাহা হউক, ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানী উহার করের হার নির্ধারণের ক্ষেত্রে অনুরূপ আইটেম সমূহ বাদ দেওয়ার ব্যাপারে বিবেচনা করিবার অধিকার বচায় রাখিতে পারিবেন।

নত্যাংশ হইতে আয়ের ক্ষেত্রে পূর্ববর্তী বিধানাবলী কেবলমাত্র এই সকল নত্যাংশের প্রতি প্রযোজ্য হইবে যাহা ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানি নিবাসী কোন কোম্পানীকে প্রত্যক্ষভাবে উহার অংশীদারিত্ব স্বাভাবিক মানিকানাধীন মূলধনের উপর অন্ততঃ পক্ষে শতকরা ২৫ ভাগ নত্যাংশ বাংলাদেশ নিবাসী কোন কোম্পানী কর্তৃক প্রদত্ত হয় :

- (খ) বৈদেশিক কর বাবদ পাওনা সংশ্লিষ্ট জার্মান কর আইনের বিধানাবলী সাপেক্ষে বাংলাদেশ আইনের অধীন এবং এই চুক্তির অনুরূপে প্রদত্ত বাংলাদেশ কর, বাংলাদেশে উদ্ভূত নিম্নবর্ণিত আইটেম সমূহের আয়, জার্মান আয় বা কর্পোরেশন কর হিসাবে পাওনা অর্থ অনুযায়ী দান করা হইবে :
- (কক) ৮ অনুচ্ছেদের ২ প্যারাগ্রাফ (খ) উপ-প্যারাগ্রাফ প্রযোজ্য মুনাফা সমূহ ;
- (খখ) (ক) উপ-প্যারাগ্রাফ আরোপিত নয় এই ধরনের নত্যাংশ ,
- (গগ) সুদ ,
- (ঘঘ) রয়্যালটিস ;
- (ঙঙ) ১৬ অনুচ্ছেদ অনুযায়ী প্রযোজ্য পারিপ্রমিক ,
- (চচ) ২৭ অনুচ্ছেদ অনুযায়ী প্রযোজ্য আয় ,

অপর পাতায় দেখুন।

- (ছছ) ৬ অনুচ্ছেদ অনুযায়ী প্রযোজ্য সহায়ক সম্পত্তি হইতে প্রাপ্ত আয়।
- উক্ত আয় যে সহায়ক সম্পত্তি হইতে উদ্ভূত তাহা যদি ৭ অনুচ্ছেদে উল্লিখিত কোন সহায়ী প্রতিষ্ঠানের দ্বিতীয় সক্রিয়ভাবে সংযুক্ত হয় এবং তাহা যদি বাংলাদেশে অবস্থিত হয়

অথবা ১৪ অনুচ্ছেদে উল্লেখিত কোন নির্দিষ্ট ক্ষেত্র (base) এর সহিত সংযুক্ত এবং বাংলাদেশে অবস্থিত হয়, যদি না (ঘ) উপ-প্যারার বিধানাবলী উক্ত শ্রাহুী প্রতিষ্ঠানের আয়ের প্রতি (ক) উপ-প্যারার প্রয়োগের ক্ষেত্রে কোন প্রতিবন্ধকতার সৃষ্টি করে,

(গ) (ঘ) উপ-প্যারার উদ্দেশ্যসমূহ পূরণকল্পে, জার্মান আয় বা অর্পেরেদন কর বাবদ পাওনা অর্থ হিসাবে অনুমোদিত নত্যাংশ সুদ ও রয়্যালটির ক্ষেত্রে উক্ত পরিশোধের সর্বমোট পরিমাণের অন্ততঃ শতকরা ১০ অর্থ বাংলাদেশ কর বন্দিয়া গণ্য হইবে :

(ঘ) (ক) উপ-প্যারার বিধানাবলী কোন শ্রাহুী প্রতিষ্ঠানের মূনাফা এবং কোন শ্রাহুী প্রতিষ্ঠানের ব্যবসা সংগনু সম্পত্তির অংশ গঠনকারী শ্রাহবর ও অশ্রাহবর সম্পত্তি হস্তান্তরের মাধ্যমে লক্ক অর্থ কোন কোম্পানী কর্তৃক পরিশোধিত নত্যাংশের ক্ষেত্রে প্রযোজ্য হইবে না, তবে শর্ত থাকে যে, ফেডারেল জার্মান প্রজাতন্ত্রের কোন অধিবাসী প্রমাণ করিতে পারিবেন না যে, কোন শ্রাহুী প্রতিষ্ঠান অথবা কোম্পানীর আয় সুতন্ত্রভাবে অথবা প্রায় সুতন্ত্রভাবে -

(কক) বাংলাদেশের মধ্যে পণ্য উৎপাদন বা পণ্য বা দ্রব্যসামগ্রী বিক্রয়, প্রযুক্তিগত পরামর্শদান অথবা প্রকৌশলগত কর্ম সম্পাদন অথবা ব্যাংকিং বা বীমা ব্যবসায়ের মাধ্যমে উদ্ভূত হয়, অথবা

(কখ) বাংলাদেশের এক বা একাধিক কোম্পানী প্রদত্ত নত্যাংশ - যখন প্রথমোক্ত কোম্পানী মূলধনের শতকরা ২০ ভাগের অধিক মূলধনের মানিক তখন এবং বাংলাদেশে তাহাদের সুতন্ত্র বা প্রায় সুতন্ত্রভাবে পণ্য উৎপাদন বা পণ্য দ্রব্যসামগ্রী বিক্রয়, প্রযুক্তিগত পরামর্শদান, অথবা প্রকৌশলগত কর্ম সম্পাদন অথবা ব্যাংকিং বা বীমা ব্যবসায়ের মাধ্যমে উদ্ভূত হয়,

এইরূপ ক্ষেত্রে বাংলাদেশের আইন নেতৃত্বকে প্রদেয় বাংলাদেশ কর্তৃক এবং এই চুক্তি অনুসারে উপরি-উক্ত আইটেম সমূহের উপর আয় কর, বৈদেশিক কর বাবদ পাওনা সংশ্লিষ্ট জার্মান কর আইনের বিধানাবলী সাপেক্ষে, অনুরূপ আইটেমের আয়ের উপর প্রদেয় জার্মান আয় বা করপাল্লেশন কর বাবদ পাওনা হিসাবে অনুমোদন করা হইবে।

(২) গণপ্রজাতন্ত্রী বাংলাদেশের কোন অধিবাসীর ক্ষেত্রে নিম্নরূপ কর নির্ধারণ করা হইবে ;

(ক) (১) উপ-প্যারার বিধানাবলী প্রযোজ্য না হইলে ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানিতে অর্জিত কোন আয় যাহা এই চুক্তি অনুসারে ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানিতে করযোগ্য হইতে পারে, তাহা অনুসৃতভাবে করোপিত হউক বা না হউক, যে ভিত্তিতে বাংলাদেশ কর আরোপিত হয়, সেই ভিত্তি হইতে উক্ত কর বাদ যাইবে, যাহা হউক, বাংলাদেশ করের হার নির্ধারণের ক্ষেত্রে অনুসৃতভাবে বাদ দেওয়া আইটেম সমূহ বিবেচনায় অধিকার বচায় রাখিতে পারিবে।

নত্যাংশ হইতে প্রাপ্ত আয়ের ব্যাপারে ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মান নিবাসী যে কোম্পানীর অন্যান্য শতকরা পঁচিশ ভাগ মূলধন বাংলাদেশ নিবাসী কোন কোম্পানী (অংশীদারিত্ব বাতীত) এর প্রত্যক্ষ মানিকানাধীন রহিয়াছে সেই কোম্পানীকে যে নত্যাংশ প্রদান করেন কেবলমাত্র সেই নত্যাংশের ক্ষেত্রে পূর্ববর্তী বিধানাবলী প্রযোজ্য হইবে।

(খ) বৈদেশিক করের নিমিত্ত পাওনা সম্পর্কে বাংলাদেশ কর আইনের বিধানাবলী সাপেক্ষে, ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মান আইনের অধীনে এবং এই চুক্তি অনুযায়ী প্রদত্ত জার্মান কর ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানিতে নিম্নরূপ আইটেমের ক্ষেত্রে উদ্ভূত আয় বাংলাদেশে প্রদেয় কর হাতে প্রাপ্য হিসাবে অনুমোদিত হইবে :

(কক) ৮ অনুচ্ছেদের ২ প্যারার (খ) উপ-প্যারা অনুযায়ী প্রযোজ্য মুনাক্ষা সমূহ ;

(খখ) (ক) উপ-প্যারায় উল্লেখিত নহে এইরূপ নত্যাংশ ;

(গগ) সুদ ;

(ঘঘ) রয়্যান্টি ;

(ঙঙ) ১৬ অনুচ্ছেদ অনুযায়ী প্রযোজ্য গারিপ্রমিক ;

(চচ) ১৭ অনুচ্ছেদ অনুযায়ী প্রযোজ্য আয় ;

অপর পাতায় দেখুন ।

(ছছ) যে শহাবর সম্পত্তির প্রতি ৬ অনুচ্ছেদ প্রযোজ্য সেই

সম্পত্তি হইতে নক আয় । উক্ত শহাবর সম্পত্তি হইতে

উদ্ভূত আয় যদি ৭ অনুচ্ছেদে উল্লিখিত শহায়ী প্রতিষ্ঠানের

সহিত সক্রিয়ভাবে সংযুক্ত হয় এবং উহা যদি ফেডারেল

প্রজাতন্ত্রী ভার্সারীতে অবস্থিত হয় অথবা ১৪ অনুচ্ছেদে

উল্লিখিত কোন নির্দিষ্ট কেন্দ্র সহিত সংযুক্ত হয় এবং

ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী ভার্সারীতে অবস্থিত থাকে তবে তৎপ্রতি

প্রযোজ্য হইবে না ।

অনুচ্ছেদ - ২০

অবৈধতা

-----

১। চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের নাগরিকগণ যে সব শর্তে কোন কর ও তৎসংশ্লিষ্ট প্রয়োজনের আওতাধীন হইয়া থাকেন বা হইতে পারেন, সেই সব শর্তে চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের নাগরিকগণ প্রথমোক্ত রাষ্ট্রে তাহা হইতে ভিন্নতর বা অধিকতর দুর্বল কোন কর বা তৎসংশ্লিষ্ট কোন প্রয়োজনের আওতাধীন হইবেন না । এই অনুচ্ছেদের বিধানাবলীতে বাহা বলা হইয়াছে তাহা সত্ত্বেও , চুক্তি সম্পাদনকারী একটি বা উভয় রাষ্ট্রের অধিবাসী নহেন এমন ব্যক্তিদের প্রতিও এই বিধান প্রযোজ্য হইবে ।

২। চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের কোন উদ্যোগ ( Enterprise ) এর কোন শহায়ী প্রতিষ্ঠান চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রে অবস্থিত থাকিয়া উক্ত অপর রাষ্ট্রের কোন উদ্যোগের ন্যায় একই ধরনের কার্যাবলী পরিচালনা করিতে থাকিলে সেই উদ্যোগের উপর কর উক্ত অপর রাষ্ট্রের উদ্যোগের উপর আরোপিত করের ন্যায় সমদক্ষিভাঙ্গি নইয়া আরোপন করা হইবে ।

৩। যে ক্ষেত্রে ১ম অনুচ্ছেদ, ১১তম অনুচ্ছেদের ৭ম প্যারাগ্রাফ অথবা ১২তম অনুচ্ছেদের ৬ষ্ঠ প্যারাগ্রাফ বিধানাবলী প্রযোজ্য, ক্ষেত্রে ব্যতীত চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের কোন উদ্যোগ ( Enterprise ) কর্তৃক চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের কোন অধিবাসীকে প্রদত্ত সুদ, রয়্যালটি ও অন্যান্য অর্থ, অনুরূপ উদ্যোগের ব্যবহার্য মুনাফা নির্ধারণ করার উদ্দেশ্যে প্রথমোক্ত রাষ্ট্রের কোন অধিবাসীকে একই অবস্থার প্রেক্ষিতে তাহা প্রদত্ত হইলে যে সুদ নির্ধারণ করা হইত সেই একইরূপে নির্ধারণ করা হইবে।

৪। চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্রের উদ্যোগসমূহ ( Enterprise ) এর সমুদয় বৃত্তি বা উহার অংশ বিশেষ চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের এক বা একাধিক অধিবাসীর প্রভাষিত বা পরোক্ষ মালিকানাধীন বা নিয়ন্ত্রণাধীন হইলে প্রথমোক্ত রাষ্ট্রের অনুরূপ অন্যান্য উদ্যোগ যে কর অথবা তৎসংশ্লিষ্ট প্রয়োজনীয়তার আওতাধীন হইয়া থাকেন বা হইতে পারেন প্রথমোক্ত রাষ্ট্রের সেই সকল উদ্যোগ তদপেক্ষা তিরতর বা অধিকতর দুর্বল কোন কর বা প্রয়োজনীয়তার আওতাধীন হইবে না।

৫। এই অনুচ্ছেদের ১, ২ ও ৪ প্যারাগ্রাফ বিধিত কোন কিছুই, চুক্তি সম্পাদনকারী এক রাষ্ট্র উহার অধিবাসীগণকে যে সাহায্য, রেওয়াজ এবং ব্যক্তিগত তাত্ত্বিক মঙ্গল করিয়া থাকেন, চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের অধিবাসীগণকে তাহা প্রদানের জন্য উক্ত চুক্তি সম্পাদনকারী রাষ্ট্রকে বাধ্য করে বলিয়া বাধ্য করা যাইবে না।

অনুচ্ছেদ - ২৪

তথ্য বিবিনয়

১। চুক্তি সম্পাদনকারী রাষ্ট্রসমূহের উপযুক্ত কর্তৃপক্ষগণ, এই চুক্তির বিধানাবলী পালনের জন্য প্রয়োজনীয় তথ্য বিবিনয় করিবেন। চুক্তি সম্পাদনকারী কোন রাষ্ট্র কর্তৃক প্রাপ্ত কোন তথ্য উক্ত রাষ্ট্রের স্তায় আইনের অধীন প্রাপ্ত তথ্যের ন্যায় একই প্রকারে গোপনীয় বলিয়া বিবেচিত হইবে এবং এই চুক্তির আওতাভূক্ত কর সনুহের ক্ষেত্রে করায়োজন বা কর আদায় করণ, উক্ত কর বলবৎ করণ বা তৎসংশ্লিষ্ট দায়িত্ব কিংবা তৎসংশ্লিষ্ট আর্থিক নিষ্পত্তিকরনের সমস্ত সংশ্লিষ্ট ব্যক্তিবর্গ



বা কর্তৃপক্ষের (আদানত এবং প্রশাসনিক সংস্থাসমূহ সহ) নিকটেই কেবলমাত্র তাহা প্রকাশ করা হইবে। অনুরূপ ব্যক্তিবর্গ বা কর্তৃপক্ষসমূহ কেবলমাত্র এই উদ্দেশ্যেই উক্ত তথ্য ব্যবহার করিবেন। তাঁহারা অনুরূপ তথ্য আদানতের সংশ্লিষ্ট বোঝান্দমাত্র কার্যক্রম কিংবা বিচার বিভাগীয় সিদ্ধান্তের ক্ষেত্রে প্রকাশ করিতে পারেন।

২। নিম্নলিখিত ক্ষেত্রে ১ম প্যারার বিধানাবলী কোন একমই চুক্তি সম্পাদনকারী রাষ্ট্রসমূহের কোনটির প্রতি কোন বাধাবাহকতা আরোপ করে বলিয়া ব্যাখ্যা করা যাইবে না :

- (ক) চুক্তি সম্পাদনকারী উক্ত রাষ্ট্রের বা অপর রাষ্ট্রের আইন সমূহ এবং প্রশাসনিক রীতির পরিপন্থি কোন প্রশাসনিক ব্যবস্থা কার্যকর করা ;
- (খ) চুক্তি সম্পাদনকারী উক্ত রাষ্ট্রের বা অপর রাষ্ট্রের আইন সমূহের অধীনে অথবা স্থাতাবিক প্রশাসনিক পদ্ধতি অনুযায়ী প্রাপ্তি সাধা নয় এমন কোন তথ্য সরবরাহ করা ;
- (গ) কোন ব্যবসায়, কারবার, শিল্প, বাণিজ্য বা শেখাসংগঠন গোপনীয়তা বা ব্যবসায় সংগঠন প্রদ্রিশ্য ঝাঁস হইয়া যায় এমন কোন তথ্য অথবা যে তথ্য প্রকাশ করা সরকারী নীতি (জেন-ধুংখলা) - এর পরিপন্থী হইতে পারে তাহা সরবরাহ করা।

#### অনুচ্ছেদ - ২০

##### পারস্পরিক চুক্তির কার্য পদ্ধতি

১। যে ক্ষেত্রে কোন ব্যক্তি মনে করেন যে, চুক্তি সম্পাদনকারী এক বা উত্তম রাষ্ট্রের গৃহীত ব্যবস্থার ফলে তাঁহার উপর এই চুক্তির বিধানাবলীর বিরোধিতা করা আরোপ করা হইয়াছে বা হইবে, সে ক্ষেত্রে ঐ সকল রাষ্ট্রের দেশীয় আইন ব্যবস্থিত প্রতিকারের প্রতি নিরপেক্ষ থাকিয়া তিনি চুক্তি সম্পাদনকারী যে রাষ্ট্রের প্রতিনিধী সেই রাষ্ট্রের উপযুক্ত কর্তৃপক্ষের নিকট, অথবা যদি তাহার বিষয়টি ২০ অনুচ্ছেদের ১ম প্যারার আওতাধীন হয় তাহা হইলে চুক্তি সম্পাদনকারী যে রাষ্ট্রের তিনি বাণরিক সেই রাষ্ট্রের উপযুক্ত কর্তৃপক্ষের নিকট তাহার বিষয়টি পেশ

করিতে পারিবেন । এই চুক্তির বিধানাবলীর বরখেনাফে করারোপন হইয়া থাকিলে তৎসম্পর্কে অবহিত হওয়ার তিন বৎসরের মধ্যে বিষয়টি অবশ্যই পেশ করিতে হইবে ।

২। যদি আপত্তিটি উপযুক্ত কর্তৃপক্ষের নিকট ন্যায় সংগত বলিয়া প্রতীয়মান হয় এবং যদি উক্ত কর্তৃপক্ষ উহার সনোবজনক সমাধানে পৌছিতে অসমর্থ হন, তাহা হইলে এই চুক্তির বরখেনাফে আরোপিত কর পরিহারের উদ্দেশ্যে উক্ত কর্তৃপক্ষ চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রের উপযুক্ত কর্তৃপক্ষের সহিত পারস্পরিক চুক্তির মাধ্যমে বিষয়টি মীমাংসা করার প্রচেষ্টা চালাইবেন । চুক্তি সম্পাদনকারী রাষ্ট্রসমূহের স্থায়ী আইন এ কোন সময়-সীমা থাকা সত্ত্বেও, গৃহীত চুক্তি বাস্তবায়ন করা হইবে ।

৩। এই চুক্তির ব্যাখ্যা বা প্রয়োগ সম্পর্কে কোন সংকট বা সংশয় দেখা দিলে চুক্তি সম্পাদনকারী রাষ্ট্রসমূহের উপযুক্ত কর্তৃপক্ষগণ পারস্পরিক সম্মতিপূর্বক তাহা নিরসনের জন্য প্রচেষ্টা চালাইবেন । যে সকল বিষয় এই চুক্তিতে ব্যবস্থা গৃহীত হয় নাই সেই সকল বিষয়ও মীমাংসা করারোপন পরিহারের জন্য উভয় পক্ষ একত্রে পরামর্শ করিতে পারিবেন ।

৪। চুক্তি সম্পাদনকারী রাষ্ট্রসমূহের উপযুক্ত কর্তৃপক্ষের পূর্বাগত প্যারা সমূহের আলোকে মতেকে উপনীত হওয়ার উদ্দেশ্যে পরস্পরের সহিত সরাসরি যোগাযোগ করিতে পারিবেন ।

#### অনুচ্ছেদ - ২৬

##### কূটনৈতিক প্রতিনিধি ও বানিজ্যিক দূতাবাসের কর্মচারীসকল

১। এই চুক্তির কোন কিছুই আনুষ্ঠানিক আইনের সাধারণ বিধি মোতাবেক অথবা বিশেষ চুক্তির বিধানাবলী মোতাবেক কোন কূটনৈতিক প্রতিনিধি অথবা বানিজ্যিক দূতাবাসের সদস্যগণকে প্রদত্ত আর্থিক সুযোগ-সুবিধা হ্রাস করিবে না ।

২। চতুর্থ অনুচ্ছেদের বিধানাবলীতে যাহা বলা হইয়াছে তাহা সত্ত্বেও, নিম্ন বর্ণিত ক্ষেত্রে চুক্তি সম্পাদনকারী যে কোন রাষ্ট্র কর্তৃক চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্র বা কোন তৃতীয় রাষ্ট্র প্রেরিত প্রথমোক্ত রাষ্ট্রের যে কোন ব্যক্তি, কূটনৈতিক প্রতিনিধি

অথবা বাণিজ্যিক দূতাবাসের কোন সদস্য হইলে, তিনি এই চুক্তির উদ্দেশ্য পূরণকালে উক্ত রাষ্ট্রের একজন নাগরিক বলিয়া গণ্য হইবেন :

- (ক) যদি আনুষ্ঠানিক আইন অনুসারে তিনি উক্ত রাষ্ট্রের বহির্ভূত উৎস দস্থ হইতে তাহার অর্জিত আয়ের ভেঁদে কর প্রদানের জন্য দায়ী না হন, এবং
- (খ) যদি তিনি প্রেরনকারী উক্ত রাষ্ট্রের অন্যান্য নাগরিকগণের ন্যায় তাহার বিধু-আয়ের উপর কর প্রদানে একই প্রকারে দায়বদ্ধ হন ।

অনুচ্ছেদ - ২৭

ন্যাংচ বার্লিন

এই চুক্তি ন্যাংচ বার্লিন এর ভেঁদেও প্রযোজ্য হইবে, তবে শর্ত থাকে যে, এই চুক্তি বনবৎ হওয়ার তারিখ হইতে তিন মাসের মধ্যে ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মান সরকার গনপ্রজাতন্ত্রী বাংলাদেশ সরকারের প্রতি ইহার পরিপন্থী কোন ঘোষণা প্রদান করিবেন না ।

অনুচ্ছেদ - ২৮

বনবৎ হওয়া

১। এই চুক্তি অনুমোদন করা হইবে এবং অনুমোদনের দলিল-দস্তাবেজ যত দূর সম্ভব নির্ধারিত (স্থানে) বিনিময় করা হইবে ।

২। এই চুক্তি অনুমোদনের দলিল-দস্তাবেজ বিনিময়ের তারিখ হইতে এক মাস পরে বনবৎ হইবে এবং ১৯৯০ সনের ১লা জানুয়ারী হইতে কিংবা উহার পরে যে কোন অর্থ বৎসরে অর্জিত আয়ের ভেঁদে ইহা কার্যকর হইবে ।

অনুচ্ছেদ - ২৯

অবসান

-----

এই চুক্তির মেয়াদ অনির্দিষ্ট কাল পর্যন্ত অব্যাহতভাবে কার্যকর থাকিবে ; তবে যে বৎসর চুক্তিটি বলবৎ হইবে সেই বৎসরের পরবর্তী পঞ্চম বর্ষী-বৎসরের পর যে কোন বর্ষী-বৎসরের দুই মাসের ৩০ তারিখে বা উহার পূর্বে চুক্তি সম্পাদনকারী রাষ্ট্রসমূহের যে কোন একটি রাষ্ট্র ইহা অবসানের জন্য লিখিত নোটিশ ভূটনৈতিক পন্থায় চুক্তি সম্পাদনকারী অপর রাষ্ট্রকে প্রদান করিতে পারিবেন এবং এইরূপ অবশ্যায় যে বৎসর উক্ত অবসানের নোটিশ প্রদান করা য় উহার পরবর্তী বৎসরে অর্জিত হায়ের ক্ষেত্রে এই চুক্তি কার্যকর হইবে না ।

রূপে ১৯৫০ ----- সনের ২২শে মে তারিখে ----- বর্ষ

শহানে) জার্মান, বাংলা ও ইংরেজী ভাষায় চুক্তিটির ২ টি করে মূল নিপি সম্পাদিত হইল । ইহার সমস্ত পাঠই প্রামাণ্য পাঠ বলিয়া গণ্য হইবে । ব্যাখ্যার ক্ষেত্রে কোন সত্যবিকা দেখা দিলে ইংরেজী পাঠই প্রামাণ্য পাইবে ।

ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মান  
সরকারের পক্ষে -

গনপ্রজাতন্ত্রী বাংলাদেশ  
সরকারের পক্ষে -

*Kantner, M. J.*

*Kulsum*

*Kulsum*

চুক্তির সংস্কার

ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মান

এবং

গনপ্রজাতন্ত্রী বাংলাদেশ

স্বাক্ষরের ব্যাপারে দ্রুত করায়োপন পরিহারের উদ্দেশ্যে দুই রাষ্ট্রই  
বিস্তৃতিবিত্ত বিধানাবলী এই চুক্তির অবিচ্ছেদ্য অংশ গন্য করিয়া চুক্তিটি ২১২০  
সনের ২১শে মে তারিখে ১/১ (স্থানে)  
স্বাক্ষর করার জন্য সম্মত হইলেন।

১। ১০ম অনুচ্ছেদ প্রসঙ্গে -

ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানির ক্ষেত্রে "নত্যাংশ" বলিতে নিশিএন্স অংশীদার  
ভাষার অনুরূপ অংশ গ্রহনের দ্বারা অর্জিত আয় ও ইহার অন্তর্ভুক্ত হইবে।

২। ১০ম ও ১১তম অনুচ্ছেদ প্রসঙ্গে -

এই সকল অনুচ্ছেদের বিধানাবলীতে যাহা বলা হইয়াছে তাহা সত্ত্বেও,  
চুক্তি সম্পাদনকারী যে রাষ্ট্রে নত্যাংশ ও সুদ উদ্ভূত হয়, সেই রাষ্ট্রের  
আইন অনুযায়ী উহা করায়োপন যোগ্য হইবে, যদি ( ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী  
জার্মান আইনের তাৎপর্যার্থীক কোন নিশিএন্স অংশীদারের অনুরূপ অংশ  
গ্রহন " partiarisches Darlehen এবং

"Gewinnobligationen" হইতে নক আয়সহ ) তাহা (নত্যাংশ  
ও সুদ ) মুনাফায় অংশ গ্রহনের অধিকার বাবদ অনুরূপ অধিকার বা  
অংশ-দাবী হইতে উদ্ভূত হইয়া থাকে এবং তাহার শর্ত যদি এইরূপ হয়  
যে, উক্ত আয়ের ব্যাপারে দেনাদায়ের মুনাফা নির্ধারণের ক্ষেত্রে তাহা  
কর্তনযোগ্য হয়।

৩। ২২- অনুচ্ছেদ প্রসঙ্গে -

যে ক্ষেত্রে ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানির অধিবাসী কোন কোম্পানী  
বাংলাদেশের মধ্যে বিদ্যমান উৎস হইতে অর্জিত আয় বন্টন করেন,  
সে ক্ষেত্রে ১ম প্যারা জার্মান কর আইনের বিধানাবলী অনুসারে অনুরূপ

বক্তনের উপর ঋতিপূরন অপেরেশন-কর আরোপন বাহিত করিবে না ।

অপর পাতায় দেখুন

বাংলাদেশ আর্থিক দ্রুত করারোপন পরিহার কলে উহার আইন পরিবর্তন করিলে, দ্বিতীয় প্যারার ব্যাপারে একই প্রকারের যথাযথ বিধানাবলী তৎপ্রতি প্রযোজ্য হইবে ।

অধ্য— ২২-২০ ————— সনের ————— ৫ম ————— মাসের ————— ২২ —————

তারিখে ————— ৫/৫ ————— (স্থানে) জার্মান, বাংলা, ও ইংরেজী ভাষায় চুক্তিটির ২টি করে মূল লিপি সম্পাদিত হইল । ইহার সমস্ত পাঠই প্রামাণ্য বলিয়া গন্য হইবে । ব্যাখ্যার ক্ষেত্রে মতানৈক্যের ক্ষতি হইলে ইংরেজী পাঠই প্রামাণ্য পাইবে ।

ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মান  
সরকারের পক্ষে -

গনপ্রজাতন্ত্রী বাংলাদেশ  
সরকারের পক্ষে -

*Karlheinz Meyer*

*Kulsum*

*Kulsum*

## I

সচিব  
পররাষ্ট্র সম্প্রদায়  
ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানী

বন, ২২ শে মে, ১৯৯০

মহামহিম,

গণপ্রজাতন্ত্রী বাংলাদেশ ও ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানীর মধ্যে অদ্য  
স্বাক্ষরের উপর দ্রুত কর-পরিহার করণ সম্বন্ধে যে চুক্তি সম্পাদিত হয়েছে সেই  
চুক্তির তৃতীয় অনুচ্ছেদ উল্লেখ করে আমি ঘোষণা করছি যে এই চুক্তি সম্পাদনে  
গণপ্রজাতন্ত্রী বাংলাদেশের সামুদ্রিক সীমা নির্ধারণের ব্যাপারে ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী  
জার্মানীর অবস্থানকে কোনভাবে প্রভাবিত করবে না।

আমাদের পারস্পরিক সমঝোতা এই যে, অদ্য স্বাক্ষরিত চুক্তি বনবৎ হওয়ার  
তারিখ হতে পাঁচ বৎসর অতিবাহিত হবার পর চুক্তি সম্পাদনকারী যে কোন রাষ্ট্রের  
অনুরোধক্রমে ইহা পুনর্বিবেচনা করা যেতে পারে।

পূর্ববর্তী অনুচ্ছেদের ব্যাপারে আপনার মতৈক্য জানালে আমি কৃতজ্ঞ হবো  
এবং সেক্ষেত্রে এ চিঠি ও তার জবাব এ চুক্তির একটি অবিচ্ছেদ্য অংশ হিসাবে  
পরিগণিত হবে।

মহামহিম, অনুগ্রহপূর্বক এতদবিষয়ে আমার সূনিশ্চিত আশ্বাস গ্রহণ  
করুন।

১৯৯০/১৫

মহামহিম  
জনাব মোজাম্মেল হোসেন  
রাষ্ট্রদূত  
গণপ্রজাতন্ত্রী বাংলাদেশ সরকার  
বন।

## II

রাষ্ট্রদূত  
গণপ্রজাতন্ত্রী বাংলাদেশ সরকার

বন, ২১/১৫/৫৫, ১২২০

মহামহিম,

আপনার আজকের তারিখে নিখিত চিঠিখানার প্রাপ্তি সূঁকার করছি  
যাতে নিম্নরূপ বক্তব্য রয়েছে :

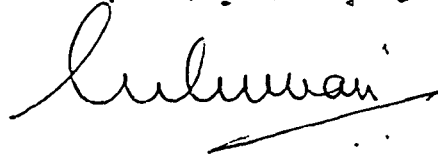
" গণপ্রজাতন্ত্রী বাংলাদেশ ও ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানীর মধ্যে অদ্য  
আয়করের উপর দ্রুত কর-পরিহার করণ সম্বন্ধে যে চুক্তি সম্পাদিত হয়েছে সেই  
চুক্তির তৃতীয় অনুচ্ছেদ উল্লেখ করে আমি ঘোষণা করছি যে এই চুক্তি সম্পাদনে  
গণপ্রজাতন্ত্রী বাংলাদেশের সামুদ্রিক সীমা নির্ধারণের ব্যাপারে ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী  
জার্মানীর অবশ্যহানকে কোনভাবে প্রভাবিত করবে না ।

আমাদের পারস্পরিক সমঝোতা এই যে, অদ্য স্বাক্ষরিত চুক্তি বনবৎ  
হওয়ার তারিখ হতে পাঁচ বৎসর অতিবাহিত হবার পর চুক্তি সম্পাদনকারী  
যে-কোন রাষ্ট্রের অনুরোধএবম ইহা পুনর্বিবেচনা করা যেতে পারে ।

পূর্ববর্তী অনুচ্ছেদের ব্যাপারে আপনার মতের জ্ঞানলে আমি কৃতজ্ঞ হবো  
এবং সেক্ষেত্রে এ চিঠি ও তার জবাব এ চুক্তির একটি অবিচ্ছেদ্য অংশ হিসেবে  
পরিগণিত হবে । "

আমি সর্বিনয় প্রত্যয়ন করছি যে আমার সরকার উপরে বর্ণিত অবশ্যহানের  
সংগে একমত ।

মহামহিম, অনুগ্রহপূর্বক এতদবিষয়ে আমার সূঁনিক্ত আশ্রাস গ্রহন  
করুন ।



মহামহিম  
ডক্টর হানস-ভার্গার নাউটেনশ্রাগের  
সচিব  
ফেডারেল প্রজাতন্ত্রী জার্মানী  
বন ।



AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE PEOPLE'S REPUBLIC OF BANGLADESH FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME

---

The Federal Republic of Germany  
and  
the People's Republic of Bangladesh,

Desiring to promote their mutual economic relations through the conclusion of an Agreement for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income,

Have agreed as follows:

**Article 1**

**Personal Scope**

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

**Article 2**

**Taxes Covered**

1. This Agreement shall apply to taxes on income imposed on behalf of each Contracting State or of its Laender, political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

2. There shall be regarded as taxes on income all taxes imposed on total income or on elements of income including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property.

3. The existing taxes to which this Agreement shall apply are, in particular:

- (a) in the Federal Republic of Germany:  
the Einkommensteuer (income tax),  
the Koerperschaftsteuer (corporation tax)  
and  
the Gewerbesteuer (trade tax)  
(hereinafter referred to as "German tax");

---

<sup>1</sup> Came into force on 21 February 1993, i.e., one month after the date of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Dhaka on 21 January 1993, in accordance with article 28 (2).

(b) in Bangladesh:

the income tax  
(hereinafter referred to as "Bangladesh tax").

4. This Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes.

### Article 3

#### General Definitions

1. For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

- (a) the term "Bangladesh" means the People's Republic of Bangladesh;
- (b) the terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean the Federal Republic of Germany or Bangladesh as the context requires, and, when used in a geographical sense, the area in which the tax law of the State concerned is or may be in force;
- (c) the term "person" includes an individual, a company and any other entity treated as a unit for tax purposes;
- (d) the term "company" means any body corporate or any entity treated as a body corporate for tax purposes;
- (e) the terms "resident of a Contracting State" and "resident of the other Contracting State" mean a person who is a resident of the Federal Republic of Germany or a person who is a resident of Bangladesh as the context requires;
- (f) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- (g) the term "national" means:
  - (aa) in respect of the Federal Republic of Germany any German within the meaning of Article 116, paragraph 1 of the Basic Law for the Federal Republic of Germany and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the law in force in the Federal Republic of Germany;
  - (bb) in respect of Bangladesh any individual possessing the nationality of Bangladesh and any legal person, partner-

ship and association deriving its status as such from the law in force in Bangladesh;

- (h) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- (i) the term "competent authority" means in the case of the Federal Republic of Germany the Federal Minister of Finance, and in the case of Bangladesh the National Board of Revenue or its authorised representative.

2. As regards the application of this Agreement by a Contracting State any term not defined herein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that State concerning the taxes to which this Agreement applies.

#### Article 4

##### Resident

1. For the purposes of this Agreement, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature. But this term does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State.

2. Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- (a) he shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States he shall be deemed to be a resident of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- (b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident of the State in which he has an habitual abode;
- (c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the State of which he is a national;
- (d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

3. Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States then it shall be deemed to be a resident of the State in which its place of effective management is situated.

## Article 5

### Permanent Establishment

1. For the purposes of the Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term "permanent establishment" includes especially:

- (a) a place of management;
- (b) a branch;
- (c) an office;
- (d) a factory;
- (e) a workshop;
- (f) a warehouse, in relation to a person providing storage facilities for others; and
- (g) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

3. A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than 183 days.

4. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- (a) the use of facilities solely for the purpose of storage or display of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- (b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage or display;
- (c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- (d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- (e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character such as supply of information, advertising or scientific research;

- (f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs (a) to (e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

5. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person – other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies – is acting on behalf of an enterprise and

- (a) he has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise unless his activities are limited to the purchase of goods or merchandise for the enterprise,
- (b) he habitually maintains in a Contracting State a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise from which he regularly delivers goods or merchandise for or on behalf of the enterprise, or
- (c) he habitually secures orders for the supply of goods in a Contracting State, wholly or almost wholly for the enterprise itself or for the enterprise and other enterprises which are controlled by it or have controlling interest in it,

that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise.

6. An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business and their activities do not involve securing of orders within the meaning of sub-paragraph c) of paragraph 5.

7. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

## Article 6

### Income from Immovable Property

1. Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture, forestry or fishery) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture, forestry and fishery, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

3. The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

4. The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of professional services.

## Article 7

### Business Profits

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

2. Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

3. In determining the profits of a permanent establishment there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

4. Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establish-

ment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

5. No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

6. For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

7. Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

#### **Article 8**

##### **Shipping and Air Transport**

1. Profits from the operation of aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

2.

(a) Profits derived from the operation of ships in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(b) Notwithstanding the provisions of sub-paragraph (a), such profits may be taxed in the other Contracting State from which they are derived provided that the tax so charged shall not exceed:

(aa) during the first five fiscal years after the entry into force of this Agreement, 50 per cent, and

(bb) during the subsequent five fiscal years, 25 per cent,

of the tax otherwise imposed by the internal law of that State. Subsequently, only the provisions of sub-paragraph (a) shall be applicable.

3. The provisions of this Article shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

## Article 9

### Associated Enterprises

Where

- (a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- (b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

## Article 10

### Dividends

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the dividends the tax so charged shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the dividends. This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

3. The term "dividends" as used in this Article means income from shares, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident and distributions on certificates of an investment-trust.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that



other State professional services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

5. Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

## Article 11

### Interest

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the interest the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2,

- (a) interest arising in the Federal Republic of Germany and paid to the Bangladesh Government or to the Bangladesh Bank shall be exempt from German tax;
- (b) interest arising in Bangladesh and paid to the German Government, the Deutsche Bundesbank, the Kreditanstalt für Wiederaufbau or the Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) shall be exempt from Bangladesh tax.

The competent authorities of the Contracting States may determine by mutual agreement any other governmental institution to which this paragraph shall apply.

4. The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's

profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

5. The provisions of paragraphs 1 to 3 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State professional services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

6. Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

7. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

## **Article 12**

### **Royalties**

1. Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise, and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the royalties the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the royalties.

3. The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films or tapes for radio or television broadcasting, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial, or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience but does not include any payments in respect of the operation of mines, quarries, oil wells or any other place of extraction of natural resources.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State professional services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

5. Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

6. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

### **Article 13**

#### **Capital Gains**

1. Gains from the alienation of immovable property, as defined in paragraph 2 of Article 6, may be taxed in the Contracting State in which such property is situated. For the purpose of this para-

graph shares of a company the property of which consists wholly or almost wholly of immovable property situated in a Contracting State shall be deemed to be immovable property situated in that State.

2. Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing professional services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or together with the whole enterprise) or of such a fixed base, may be taxed in the other State.

3. Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or of movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. Subject to the provisions of paragraph 1, gains from the alienation of shares of a company which is a resident of a Contracting State may be taxed in that State.

5. Gains from the alienation of any property other than that mentioned in paragraphs 1 to 4 shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

#### **Article 14**

##### **Independent Personal Services**

1. Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless:

- (a) he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities, in which case so much of the income may be taxed in that other State as is attributable to that fixed base; or
- (b) he is present in the other Contracting State for the purpose of performing his activities for a period or periods exceeding in the aggregate 90 days in the fiscal year concerned.

2. The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

## Article 15

### Dependent Personal Services

1. Subject to the provisions of Articles 16, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- (a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- (b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- (c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

3. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

## Article 16

### Directors' Fees

Directors' fees and similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

## Article 17

### Artistes and Athletes

1. Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as an athlete, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or an athlete in his capacity as such accrues not to the entertainer or athlete himself but to another person that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or athlete are exercised.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the visit of entertainers or athletes to a Contracting State is supported wholly or substantially from public funds of the other Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof.

### **Article 18**

#### **Pensions**

Subject to the provisions of paragraphs 1 and 3 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

### **Article 19**

#### **Government Service**

1. Remuneration including pensions paid by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State, Land, subdivision or authority shall be taxable only in that State. However, such remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State, if the individual is a resident of that State, a national of that State and not a national of the first-mentioned State.

2. The provisions of Articles 15, 16 and 18 shall apply to remuneration and pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof.

3. The provisions of paragraph 1 shall likewise apply in respect of remuneration paid, under a development assistance programme of a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof, by that State, Land, political subdivision, local authority or any other governmental instrument to a specialist or volunteer seconded to the other Contracting State with the consent of that other State.

## Article 20

### Teachers, Students and Trainees

1. An individual who visits a Contracting State at the invitation of that State or of a university, college, school, museum or other cultural institution of that State or under an official programme of cultural exchange for a period not exceeding two years solely for the purpose of teaching, giving lectures or carrying out research at such institution and who is, or was immediately before that visit, a resident of the other Contracting State shall be exempt from tax in the first-mentioned State on his remuneration for such activity, provided that such remuneration is derived by him from outside that State.

2. An individual who was a resident of a Contracting State immediately before visiting the other Contracting State and is temporarily present in that other State solely as a student at a university, college, school or other similar educational institution in that other State or as a business apprentice (including in the case of the Federal Republic of Germany a *Volontär* or a *Praktikant*) shall, from the date of his first arrival in that other State in connection with that visit, be exempt from tax in that other State

- (a) on all remittances from abroad for purposes of his maintenance, education or training; and
- (b) for a period not exceeding in the aggregate three years, on any remuneration not exceeding 7 200 DM or the equivalent in Bangladesh currency for the fiscal year for personal services rendered in that other Contracting State with a view to supplementing the resources available to him for such purposes.

3. An individual who was a resident of a Contracting State immediately before visiting the other Contracting State and is temporarily present in that other State solely for the purpose of study, research or training as a recipient of a grant, allowance or award from a scientific, educational, religious or charitable organisation or under a technical assistance programme entered into by the Government of a Contracting State shall, from the date of his first arrival in that other State in connection with that visit, be exempt from tax in that other State

- (a) on the amount of such grant, allowance or award; and
- (b) on all remittances from abroad for the purposes of his maintenance, education or training.

## Article 21

### Other Income

1. Subject to the provisions of paragraph 2 of this Article, items of income of a resident of a Contracting State which are not expressly mentioned in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in this Contracting State.

2. However, if such income is derived by a resident of a Contracting State from sources in the other Contracting State, such income may also be taxed in the State in which it arises, and according to the law of that State.

## Article 22

### Relief from Double Taxation

1. Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

- (a) Unless the provisions of sub-paragraph (b) apply, there shall be excluded from the basis upon which German tax is imposed, any item of income arising in Bangladesh which, according to this Agreement, may be taxed in Bangladesh – whether or not so taxed. The Federal Republic of Germany, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income so excluded.

In the case of income from dividends the foregoing provisions shall apply only to such dividends as are paid to a company (not including partnerships) being a resident of the Federal Republic of Germany by a company being a resident of Bangladesh at least 25 per cent of the capital of which is owned directly by the German company.

- (b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against German income or corporation tax payable, in respect of the following items of income arising in Bangladesh the Bangladesh tax paid under the laws of Bangladesh and in accordance with this Agreement on:

- (aa) profits to which Article 8 paragraph 2 sub-paragraph (b) applies;
- (bb) dividends not dealt with in sub-paragraph (a);
- (cc) interest;
- (dd) royalties;
- (ee) remuneration to which Article 16 applies;



- (ff) income to which Article 17 applies;
- (gg) income from immovable property to which Article 6 applies. This shall not apply if the immovable property from which such income arises is effectively connected with a permanent establishment referred to in Article 7 and situated in Bangladesh or with a fixed base referred to in Article 14 and situated in Bangladesh unless the provisions of sub-paragraph (d) preclude the application of the provisions of sub-paragraph (a) to the profits of the permanent establishment.
- (c) For the purposes of sub-paragraph (b), the Bangladesh tax on dividends, interest and royalties allowed as a credit against German income or corporation tax shall be deemed to be at least 15 per cent of the gross amount of the payment.
- (d) The provisions of sub-paragraph (a) shall not apply to the profits of a permanent establishment and to the gains from the alienation of movable and immovable property forming part of the business property of a permanent establishment as well as to dividends paid by a company; provided that the resident of the Federal Republic of Germany concerned does not prove that the receipts of the permanent establishment or company are derived exclusively or almost exclusively:
  - (aa) from producing or selling goods or merchandise, giving technical advice or rendering engineering services, or doing banking or insurance business, within Bangladesh; or
  - (bb) from dividends paid by one or more companies, being residents of Bangladesh, more than 25 per cent of the capital of which is owned by the first-mentioned company, which themselves derive their receipts exclusively or almost exclusively from producing or selling goods or merchandise, giving technical advice or rendering engineering services, or doing banking or insurance business within Bangladesh.

In such a case Bangladesh tax payable under the laws of Bangladesh and in accordance with this Agreement on the above-mentioned items of income shall, subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, be allowed as a credit against German income or corporation tax payable on such items of income.

2. Tax shall be determined in the case of a resident of Bangladesh as follows:

- (a) Unless the provisions of sub-paragraph (b) apply, there shall be excluded from the basis upon which Bangladesh tax is

imposed, any item of income arising in the Federal Republic of Germany which, according to this Agreement, may be taxed in the Federal Republic of Germany, whether or not so taxed. Bangladesh, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income so excluded.

In the case of income from dividends the foregoing provisions shall apply only to such dividends as are paid to a company (not including partnerships) being a resident of Bangladesh by a company being a resident of the Federal Republic of Germany at least 25 per cent of the capital of which is owned directly by the Bangladesh company.

- (b) Subject to the provisions of Bangladesh tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against Bangladesh tax payable, in respect of the following items of income arising in the Federal Republic of Germany the German tax paid under the laws of the Federal Republic of Germany and in accordance with this Agreement on:
- (aa) profits to which Article 8 paragraph 2 sub-paragraph (b) applies;
  - (bb) dividends not dealt with in sub-paragraph (a);
  - (cc) interest;
  - (dd) royalties;
  - (ee) remuneration to which Article 16 applies;
  - (ff) income to which Article 17 applies;
  - (gg) income from immovable property to which Article 6 applies. This shall not apply if the immovable property from which such income arises is effectively connected with a permanent establishment referred to in Article 7 and situated in the Federal Republic of Germany or with a fixed base referred to in Article 14 and situated in the Federal Republic of Germany.

### Article 23

#### Non-discrimination

1. Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1,

also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

2. The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourable levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities.

3. Except where the provisions of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State.

4. Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

5. Nothing contained in paragraphs 1, 2 and 4 of this Article shall be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any reliefs, reductions and personal allowances, which it grants to its own residents.

## Article 24

### Exchange of Information

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) involved in the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Agreement. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions concerning the case to which such information relates.

2. In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- (a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- (b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- (c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (*ordre public*).

## Article 25

### Mutual Agreement Procedure

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 23 to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in this Agreement.

4. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

## Article 26

### Diplomatic Missions and Consular Posts

1. Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of a diplomatic mission or a consular post under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

2. Notwithstanding the provisions of Article 4 an individual who is a member of a diplomatic mission or a consular post of a Contracting State which is situated in the other Contracting State or in a third State shall be deemed for the purposes of the Agreement to be a resident of the sending State if:

- (a) in accordance with international law he is not liable to tax in the receiving State in respect of income from sources outside that State, and
- (b) he is liable in the sending State to the same obligations in relation to tax on his world income as are residents of that State.

## Article 27

### Land Berlin

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the People's Republic of Bangladesh within three months of the date of entry into force of this Agreement.

## Article 26

### Entry Into Force

1. This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Dhaka as soon as possible.

2. This Agreement shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification and shall have effect in respect of income derived during any fiscal year beginning on or after January 1, 1990.

## Article 29

### Termination

This Agreement shall continue in effect indefinitely but either of the Contracting States may, on or before the Thirtieth day of June in any calendar year following the fifth calendar year in which it enters into force, give to the other Contracting State, through

diplomatic channels, written notice of termination and, in such event, this Agreement shall cease to be effective in respect of income derived during any fiscal year following that in which the notice of termination is given.

Done at Bonn, this 29th day of May 1990, in two originals, each in the German, Bangla and English languages, all texts being authentic. In the case of any divergence of interpretation, the English text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany:

LAUTENSCHLAGER

KLEMM

For the People's Republic  
of Bangladesh:

HUSSAIN

## PROTOCOL

The Federal Republic of Germany

and

The People's Republic of Bangladesh

Have Agreed at the Signing at Bonn on May 29, 1990, of the Agreement between the two States for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income upon the following provisions which shall form an integral part of the said Agreement.

### **1. With reference to Article 10**

In the case of the Federal Republic of Germany the term "dividends" shall also include income derived by a sleeping partner from his participation as such.

### **2. With reference to Articles 10 and 11**

Notwithstanding the provisions of these Articles, dividends and interest may be taxed in the Contracting State in which they arise, and according to the law of that State, if they are derived from rights or debt claims carrying a right to participate in profits (including income derived by a sleeping partner from his participation as such, from a "partiarisches Darlehen" and from "Gewinnobligationen" within the meaning of the law of the Federal Republic of Germany) and under the condition that they are deductible in the determination of profits of the debtor of such income.

### **3. With reference to Article 22**

Where a company being a resident of the Federal Republic of Germany distributes income derived from sources within Bangladesh paragraph 1 shall not preclude the compensatory imposition of corporation tax on such distributions in accordance with the provisions of German tax law. In case Bangladesh changes its law to avoid economic double taxation, similar appropriate provisions in respect of paragraph 2 shall be applicable in its case.

Done at Bonn, this 29th day of May 1990, in two originals, each in the German, Bangla and English languages, all texts being authentic. In case of any divergence of interpretation, the English text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany:

LAUTENSCHLAGER

KLEMM

For the People's Republic  
of Bangladesh:

HUSSAIN



## EXCHANGE OF NOTES

## I

THE STATE SECRETARY  
OF THE FEDERAL FOREIGN OFFICE

Bonn, May 29, 1990

Excellency,

With reference to Article 3 of the Agreement between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of Bangladesh for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income, signed today, I have the honour to declare that the conclusion of the said Agreement does not affect the position of the Federal Republic of Germany on the maritime borders of Bangladesh.

It is our mutual understanding that the Agreement signed today may be reviewed after the expiry of five years as from its entry into force, should either Contracting State so request.

I would be grateful if you could confirm your agreement to the foregoing, in which case this Note and Your Excellency's Note in reply thereto shall form an integral part of the said Agreement.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

LAUTENSCHLAGER

His Excellency  
Mr. Muzammel Hussain  
Ambassador of the People's Republic  
of Bangladesh  
Bonn

## II

THE AMBASSADOR OF THE PEOPLE'S REPUBLIC  
OF BANGLADESH

Bonn, May 29, 1990

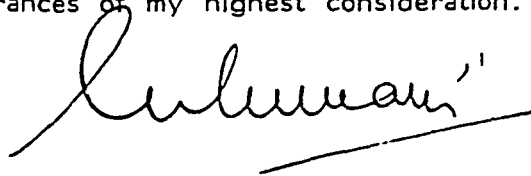
Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of today's date, which reads as follows:

[See note I]

I have the honour to inform you that my Government agrees to the foregoing.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.



His Excellency  
Dr. Hans Werner Lautenschlager  
State Secretary of the Federal  
Foreign Office  
Bonn

---

<sup>1</sup> Muzammal Hussain.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

CONVENTION<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE POPULAIRE DU BANGLADESH TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU

La République fédérale d'Allemagne et la République populaire du Bangladesh, Désireuses de renforcer leurs relations économiques mutuelles en concluant un accord tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu, Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier.* PERSONNES VISÉES

La présente Convention s'applique aux personnes qui sont résidentes des deux Etats contractants ou de l'un deux.

*Article 2.* IMPÔTS VISÉS

1. La présente Convention s'applique aux impôts sur le revenu prélevés, sous quelque forme que ce soit, pour le compte de chacun des Etats contractants ou de ses Länder, de ses subdivisions politiques ou de ses collectivités locales.

2. Sont considérés comme impôts sur le revenu tous impôts frappant le revenu global ou certains éléments du revenu, y compris les impôts auxquels sont assujettis les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers ou immobiliers.

3. Les impôts qui font l'objet de la présente Convention sont notamment, à l'heure actuelle

a) En République fédérale d'Allemagne :

- L'impôt sur le revenu (*Einkommensteuer*)
  - L'impôt sur les sociétés (*Körperschaftsteuer*)
  - La contribution des patentes (*Gewerbesteuer*)
- (ci-après dénommés l'« impôt allemand »);

b) Au Bangladesh : l'impôt sur le revenu (ci-après dénommé l'« impôt bangladais »).

4. La présente Convention s'applique également à tout impôt de nature identique ou analogue qui viendrait s'ajouter ou se substituer aux impôts actuels après la date de sa signature.

*Article 3.* DÉFINITIONS GÉNÉRALES

1. Au sens de la présente Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente :

<sup>1</sup> Entrée en vigueur le 21 février 1993, soit un mois après la date de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Dacca le 21 janvier 1993, conformément au paragraphe 2 de l'article 28.

- a) Le mot « Bangladesh » s'entend de la République populaire du Bangladesh;
- b) Les mots « l'un des Etats contractants » et « l'autre Etat contractant » désignent, selon le contexte, la République fédérale d'Allemagne ou le Bangladesh et, lorsqu'ils sont pris dans un sens géographique, le territoire où s'applique ou est susceptible de s'appliquer la législation fiscale de l'Etat concerné;
- c) Le mot « personne » désigne une personne physique, une société ou toute autre entité considérée comme un sujet de droit au regard de l'impôt;
- d) Le mot « société » désigne toute personne morale ou tout sujet de droit qui est assimilé à une personne morale au regard de l'impôt;
- e) Les mots « résident de l'un des Etats contractants » et « résident de l'autre Etat contractant » désignent toute personne qui est résidente de la République fédérale d'Allemagne ou du Bangladesh, selon le contexte;
- f) Les mots « entreprise de l'un des Etats contractants » et « entreprise de l'autre Etat contractant » désignent, respectivement, une entreprise exploitée par un résident de l'un des Etats contractants et une entreprise exploitée par un résident de l'autre Etat contractant;
- g) Le mot « ressortissant » désigne
- aa) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, tout Allemand au sens du paragraphe 1 de l'article 116 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne, ainsi que toute personne morale, société de personnes ou association dont le statut est régi par la législation en vigueur dans la République fédérale d'Allemagne;
- bb) En ce qui concerne le Bangladesh, toute personne physique qui a la nationalité bangladaise, et toute personne morale, société de personnes ou association dont le statut est régi par la législation en vigueur au Bangladesh;
- h) L'expression « trafic international » désigne tout transport effectué par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise ayant le siège de sa direction effective dans l'un des Etats contractants, sauf lorsque le navire ou l'aéronef n'est exploité qu'entre des points situés dans l'autre Etat contractant;
- i) L'expression « autorité compétente » désigne, en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, le Ministre fédéral des finances et, en ce qui concerne le Bangladesh, le Board of Revenue bangladais ou son représentant dûment autorisé.

2. Aux fins d'application de la présente Convention par un Etat contractant, toute expression qui n'y est pas définie a le sens que lui attribue le droit de cet Etat concernant les impôts auxquels s'applique la Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente.

#### Article 4. RÉSIDENT

1. Aux fins de la présente Convention l'expression « résident de l'un des Etats contractants » désigne toute personne qui, aux termes de la législation dudit Etat, est assujettie à l'impôt dans cet Etat du fait de son domicile, de sa résidence, ou du siège de sa direction, ou eu égard à tout critère analogue. Toutefois, cette expression ne s'applique pas aux personnes, quelles qu'elles soient, qui ne sont assujetties à l'impôt dans cet Etat que sur les revenus provenant de sources situées dans cet Etat.

2. Lorsqu'une personne physique se trouve être, par application du paragraphe 1 ci-dessus, résidente des deux Etats contractants, il y a lieu d'appliquer les règles suivantes :

a) Ladite personne physique est réputée résidente de l'Etat contractant où elle dispose d'un foyer permanent d'habitation. Si elle dispose d'un foyer permanent d'habitation dans les deux Etats, elle est réputée résidente de l'Etat auquel l'unissent les liens personnels et économiques les plus étroits (centre de ses intérêts vitaux);

b) S'il n'est possible de déterminer dans lequel des deux Etats contractants se trouve le centre des intérêts vitaux de ladite personne physique, ou si celle-ci n'a de foyer permanent d'habitation dans aucun des deux Etats, elle est réputée résidente de l'Etat contractant où elle séjourne habituellement;

c) Si ladite personne physique séjourne habituellement dans les deux Etats contractants ou ne séjourne habituellement dans aucun d'entre eux, elle est réputée résidente de l'Etat dont elle est ressortissante;

d) Si ladite personne physique est ressortissante des deux Etats ou n'est ressortissante d'aucun d'eux, les autorités compétentes des Etats contractants se concerteront en vue de trancher la question d'un commun accord.

3. Si une personne autre qu'une personne physique se trouve être, par application des dispositions du paragraphe 1, résidente des deux Etats contractants, elle est réputée résidente de l'Etat contractant où se trouve le siège de sa direction effective.

#### Article 5. Etablissement stable

1. Aux fins de la présente Convention, il faut entendre par « établissement stable » un centre d'affaires fixe où s'exerce en tout ou en partie l'activité de l'entreprise.

2. Sont, notamment, considérés comme établissements stables :

a) Un siège de direction;

b) Une succursale;

c) Un bureau;

d) Une usine;

e) Un atelier;

f) Un entrepôt, lorsqu'il s'agit d'une personne offrant des installations de stockage à des tierces personnes; et

g) Une mine, un puits de pétrole ou de gaz, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles.

3. Un chantier de construction ou de montage ou un projet d'installation ne constitue un établissement stable que si sa durée est supérieure à 183 jours.

4. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, on considère qu'il n'y a pas « établissement stable » :

a) S'il est fait usage d'installations aux seules fins d'entreposage ou d'exposition de produits ou de marchandises appartenant à l'entreprise;

b) Si des produits ou marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés aux seules fins de stockage ou d'exposition;

c) Si des produits ou marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés à seule fin d'être transformés ou traités par une autre entreprise;

d) Si un centre d'affaires fixe est utilisé à seule fin d'acheter des produits ou marchandises ou de recueillir des renseignements pour le compte de l'entreprise;

e) Si un centre d'affaires fixe est utilisé à seule fin d'exercer toute autre activité ayant un caractère préparatoire ou auxiliaire pour l'entreprise, notamment de communiquer des renseignements, de faire de la publicité ou d'effectuer des recherches scientifiques;

f) Si un centre d'affaires fixe est utilisé à seule fin de l'exercice cumulé des activités mentionnées aux alinéas a à e ci-dessus, à condition que l'activité d'ensemble du centre d'affaires fixe résultant de ce cumul ait un caractère préparatoire et auxiliaire.

5. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2 ci-dessus, lorsqu'une personne physique autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant auquel s'applique le paragraphe 6, agit pour le compte d'une entreprise et :

a) Qu'elle est investie des pouvoirs nécessaires pour passer dans un Etat contractant des contrats au nom de l'entreprise, et exerce habituellement ces pouvoirs, à moins que son rôle ne se borne à l'achat de produits ou de marchandises pour le compte de l'entreprise;

b) Qu'elle dispose, dans un Etat contractant, d'un stock de produits ou marchandises appartenant à l'entreprise sur lequel elle effectue régulièrement des prélèvements aux fins de livraison pour le compte de l'entreprise; ou

c) Qu'elle obtienne habituellement des commandes de produits dans un Etat contractant, et ce, entièrement ou quasi entièrement pour le compte de l'entreprise elle-même ou pour le compte de l'entreprise ou des entreprises qui la contrôlent ou qu'elle contrôle,

ladite entreprise est réputée avoir un établissement stable dans cet Etat en ce qui concerne toutes activités que la personne entreprend pour le compte de l'entreprise.

6. Une entreprise n'est pas considérée comme ayant un établissement stable dans un Etat contractant du seul fait qu'elle y entretient des relations d'affaires par l'intermédiaire d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre agent de statut indépendant à la condition que ces personnes agissent dans le cours habituel de leurs affaires, et qu'elles n'obtiennent pas de commandes dans le sens prévu à l'alinéa c du paragraphe 5.

7. Le fait qu'une société résidente de l'un des Etats contractants contrôle une société, ou est contrôlée par une société qui est résidente de l'autre Etat contractant ou y entretient des relations d'affaires (par l'intermédiaire d'un établissement stable ou de toute autre manière) ne suffit pas à lui seul à faire de l'une desdites sociétés un établissement stable de l'autre.

#### Article 6. REVENUS IMMOBILIERS

1. Les revenus d'un résident de l'un des Etats contractants provenant de biens immobiliers (y compris les revenus d'exploitations agricoles, forestières ou piscicoles) sis dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2. L'expression « biens immobiliers » doit s'entendre dans le sens que lui donne la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel lesdits biens sont sis. En tout état de cause, elle comprend les accessoires de biens immobiliers, le cheptel mort ou vif, le matériel utilisé dans les entreprises agricoles, forestières ou piscicoles, les droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, l'usufruit de biens immobiliers et les droits en contrepartie desquels des redevances variables ou fixes sont versées pour l'exploitation ou le droit d'exploitation de gisements miniers, de sources ou d'autres ressources naturelles. Les navires, bateaux et aéronefs ne sont pas considérés comme des biens immobiliers.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aux revenus provenant aussi bien de la jouissance directe que du louage ou de toute autre forme de jouissance de biens immobiliers.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 3 du présent article s'appliquent également aux revenus qui proviennent des biens immobiliers d'une entreprise ou de biens immobiliers employés pour l'exercice d'une profession libérale.

#### *Article 7. BÉNÉFICES DES ENTREPRISES*

1. Les bénéfices d'une entreprise de l'un des Etats contractants ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'entreprise n'exerce une activité industrielle ou commerciale dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est sis. En pareil cas, les bénéfices de l'entreprise peuvent être imposés dans cet autre Etat, mais seulement pour autant qu'ils sont attribuables audit établissement stable.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 ci-dessus, lorsqu'une entreprise de l'un des Etats contractants exerce une activité industrielle ou commerciale dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est sis, il est attribué à cet établissement stable, dans chaque Etat contractant, les bénéfices qu'il pourrait normalement réaliser s'il était une entreprise distincte et indépendante exerçant la même activité ou une activité analogue dans des conditions identiques ou comparables, et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il est un établissement stable.

3. Aux fins du calcul des bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction toutes les dépenses faites pour les besoins de l'établissement stable (y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi exposés) soit dans l'Etat où l'établissement est sis, soit ailleurs.

4. S'il est d'usage, dans l'un des Etats contractants, de déterminer les bénéfices imposables à un établissement stable en fonction d'une répartition des bénéfices globaux de l'entreprise entre ses diverses parties, les dispositions du paragraphe 2 du présent article n'empêcheront pas ledit Etat contractant de déterminer les bénéfices imposables selon la répartition en usage. La méthode de répartition adoptée devra toutefois être telle que ses résultats soient conformes aux principes énoncés dans le présent article.

5. Aucun bénéfice ne sera attribué à un établissement stable pour la seule raison qu'il a acheté des produits ou marchandises pour le compte de l'entreprise.

6. Aux fins des paragraphes précédents, les bénéfices à attribuer à l'établissement stable sont calculés selon la même méthode année par année, à moins qu'il n'y ait une raison valable de les calculer autrement.

7. Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu qui font, dans la présente Convention, l'objet d'articles distincts, les dispositions de ces articles ne sont pas modifiées par les dispositions du présent article.

#### Article 8. TRANSPORTS MARITIMES ET AÉRIENS

1. Les bénéfices provenant de l'exploitation d'aéronefs en trafic international ne sont imposables que dans l'Etat contractant où se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise.

2. a) Les bénéfices provenant de l'exploitation de navires en trafic international ne sont imposables que dans l'Etat contractant où se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise;

b) Nonobstant les dispositions de l'alinéa *a* ci-dessus, lesdits bénéfices sont imposables dans l'autre Etat contractant dont ils proviennent; mais l'impôt ainsi établi n'excédera pas

aa) 50 p. 100 durant les cinq exercices budgétaires qui suivent la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, et

bb) 25 p. 100 durant les cinq exercices budgétaires qui suivront,

de l'impôt normalement imposé par la législation interne de cet Etat. Par la suite, seules s'appliqueront les dispositions de l'alinéa *a*.

3. Les dispositions du présent article s'appliquent de même aux bénéfices provenant de la participation à des ententes, à une activité commune ou à un organisme international d'exploitation.

#### Article 9. ENTREPRISES ASSOCIÉES

Lorsque

a) Une entreprise de l'un des Etats contractants participe, directement ou indirectement, à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre Etat contractant,

b) Ou lorsque les mêmes personnes participent, directement ou indirectement, à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'un des Etats contractants et d'une entreprise de l'autre Etat contractant, et lorsque, dans l'un et l'autre cas, il est établi ou imposé entre les deux entreprises, dans leurs relations commerciales ou financières, des conditions différentes de celles qui seraient appliquées entre des entreprises indépendantes, les bénéfices que, n'étaient ces conditions, l'une des entreprises aurait réalisés, mais que, du fait de ces conditions, elle n'a pas réalisés, peuvent être compris dans les bénéfices de ladite entreprise et imposés en conséquence.

#### Article 10. DIVIDENDES

1. Les dividendes qu'une société résidente de l'un des Etats contractants verse un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.



2. Toutefois, ces dividendes peuvent être également imposés dans l'Etat contractant dont la société distributrice de dividendes est résidente et conformément à la législation de cet Etat, mais si les dividendes sont versés au bénéficiaire effectif, le taux de l'impôt ainsi perçu ne peut excéder 15 p. 100 du montant brut des dividendes. Les dispositions du présent paragraphe sont sans préjudice des impôts auxquels est assujettie la société au titre des bénéfices sur lesquels sont prélevés les dividendes.

3. Aux fins du présent article, le mot « dividendes » désigne les revenus provenant d'actions, de parts minières, de parts de fondateurs ou d'autres parts bénéficiaires — à l'exception des créances —, de la participation aux bénéfices ainsi que les revenus provenant d'autres parts sociales soumis au même régime fiscal que les revenus provenant d'actions par la législation de l'Etat contractant dont la société distributrice est résidente et les sommes distribuées au titre de la participation dans un fonds d'investissement.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des dividendes, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession libérale au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes s'y rattache effectivement. Dans cette hypothèse, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14 sont, suivant le cas, applicables.

5. Lorsqu'une société résidente de l'un des Etats contractants tire des bénéfices ou des revenus de l'autre Etat contractant, cet autre Etat contractant ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés par la société, sauf dans la mesure où ces dividendes sont payés à un résident de cet autre Etat contractant ou dans la mesure où la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou d'une base fixe situés dans cet autre Etat, ni prélever aucun impôt, au titre de l'imposition des bénéfices non distribués, sur les bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus provenant de cet autre Etat.

#### Article 11. INTÉRÊTS

1. Les intérêts tirés de sources situées dans l'un des Etats contractants et versés à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans ce dernier Etat.

2. Toutefois, ces intérêts peuvent également être imposés dans l'Etat contractant où ils ont leur source et conformément à la législation de cet Etat, mais s'ils sont versés au bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi perçu ne peut pas excéder 10 p. 100 du montant brut des intérêts.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2

a) Les intérêts tirés de sources situées en République fédérale d'Allemagne et versés au Gouvernement bangladais ou à la Banque du Bangladesh sont exonérés de l'impôt allemand;

b) Les intérêts tirés de sources situées au Bangladesh et versés au Gouvernement allemand, à la Deutsche Bundesbank, à la Kreditanstalt für Wiederaufbau ou à la Deutsche Gesellschaft für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (*Entwicklungsgesellschaft*) sont exonérés de l'impôt bangladais.

Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent déterminer d'un commun accord toute autre institution gouvernementale à laquelle le présent paragraphe est applicable.

4. Aux fins du présent article, le mot « intérêts » désigne les revenus des créances de toute nature, assorties ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices, et notamment les revenus des fonds publics et des obligations d'emprunt, y compris les primes et lots attachés à ces titres. Les pénalités de retard ne sont pas considérées comme des intérêts aux fins du présent article.

5. Les dispositions des paragraphes 1 à 3 ne sont pas applicables si le bénéficiaire effectif des intérêts, résident de l'un des Etats contractants, exerce une activité industrielle ou commerciale dans l'autre Etat contractant où les intérêts ont leur source par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé ou exerce dans cet autre Etat une profession libérale par l'intermédiaire d'une base fixe qui y est située et que la créance génératrice des intérêts s'y rattache effectivement. Dans cette hypothèse, ce sont les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, qui s'appliquent.

6. Les intérêts sont réputés provenir de l'un des Etats contractants si le débiteur est cet Etat lui-même, un Land, une subdivision politique ou une collectivité locale, ou un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non résident de l'un des Etats contractants, a dans l'un des Etats contractants, un établissement stable ou une base fixe pour les besoins desquels l'emprunt productif des intérêts a été contracté et qui supportent la charge de ces intérêts, lesdits intérêts sont réputés provenir de l'Etat contractant où l'établissement stable ou la base fixe sont sis.

7. Si, par suite des relations particulières existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif, ou entre eux et une tierce personne, le montant des intérêts versés, eu égard à la créance au titre de laquelle ils sont versés, excède le montant dont le débiteur et le bénéficiaire effectif seraient convenus en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En pareil cas, la partie excédentaire des paiements demeure imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant, compte dûment tenu des autres dispositions de la présente Convention.

#### Article 12. REDEVANCES

1. Les redevances qu'un résident de l'un des Etats contractants tire de sources situées dans l'autre Etat contractant peuvent être imposées dans le premier Etat.

2. Toutefois, lesdites redevances peuvent être également imposées dans l'Etat contractant où elles ont leur source et conformément à la législation dudit Etat mais, si la redevance est versée au bénéficiaire effectif, le taux de l'impôt ainsi perçu ne peut pas excéder 10 p. 100 du montant brut des redevances.

3. Aux fins du présent article, le mot « redevances » désigne les rémunérations de toute nature versées en contrepartie de l'exploitation ou du droit d'exploitation de tout droit d'auteur sur des œuvres littéraires, artistiques ou scientifiques (y compris les films cinématographiques ou les bandes destinées à la radiodiffusion ou à la télévision), brevet, marque de fabrique ou de commerce, dessin ou modèle, plan,

formule ou procédé de caractère secret, ou en contrepartie de l'utilisation ou du droit d'utilisation d'un matériel industriel, commercial ou bien en contrepartie de la communication de données, d'expérience, d'ordre industriel, commercial ou scientifique. Sont exclues les rémunérations de toute nature au titre de l'exploitation de minés, carrières, puits de pétrole ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des redevances, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les redevances soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession libérale au moyen d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur des redevances s'y rattache effectivement. Dans cette hypothèse, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14 sont, suivant le cas, applicables.

5. Les redevances sont réputées provenir de l'un des Etats contractants si le débiteur est cet Etat lui-même, un Land, une subdivision politique ou une collectivité locale ou un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des redevances, qu'il soit ou non résident de l'un des Etats contractants, a dans l'un des Etats contractants, un établissement stable ou une base fixe pour les besoins desquels l'obligation de verser des redevances a été contractée et qui supportent la charge de ces redevances, lesdites redevances sont réputées provenir de l'Etat contractant où l'établissement stable ou la base fixe sont sis.

6. Si, par suite des relations particulières existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif, ou entre eux et une tierce personne, le montant des redevances, eu égard à l'exploitation, au droit d'exploitation ou à la communication de données en contrepartie desquels elles sont versées, excède le montant dont le débiteur et le bénéficiaire effectif seraient convenus en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En pareil cas, la partie excédentaire des paiements demeure imposable conformément à la législation des Etats contractants, compte dûment tenu des autres dispositions de la présente Convention.

#### *Article 13. GAINS DE CAPITAL*

1. Les gains provenant de l'aliénation de biens immobiliers, au sens du paragraphe 2 de l'article 6, sont imposables dans l'Etat contractant où ces biens sont sis. Aux fins du présent paragraphe, les actions d'une société dont l'actif consiste, en totalité ou en majeure partie, en biens immobiliers situés dans l'un des Etats contractants seront réputées être des biens immobiliers situés dans cet Etat.

2. Les gains provenant de l'aliénation de biens meubles à usage industriel ou commercial faisant partie des avoirs d'un établissement stable qu'une entreprise de l'un des Etats contractants a dans l'autre Etat contractant, ou de biens meubles faisant partie d'une installation permanente dont un résident de l'un des Etats contractants dispose dans l'autre Etat contractant aux fins de l'exercice d'une profession libérale, y compris les gains provenant de l'aliénation dudit établissement stable lui-même (que celui-ci soit aliéné isolément ou en même temps que l'entreprise tout entière) ou de ladite installation permanente, sont imposables dans cet autre Etat.

3. Les gains provenant de l'aliénation de navires et d'aéronefs exploités en trafic international, ou de biens meubles affectés à leur exploitation ne sont imposa-

bles que dans l'Etat contractant où se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise.

4. Sous réserve des dispositions du paragraphe 1, les gains provenant de l'aliénation d'actions d'une société résidente de l'un des Etats contractants sont imposables dans cet Etat.

5. Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux qui sont visés aux paragraphes 1 à 4 du présent article ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est résident.

#### *Article 14. ACTIVITÉS LUCRATIVES INDÉPENDANTES*

1. Les revenus qu'un résident de l'un des Etats contractants tire de l'exercice d'une profession libérale ou d'une activité de nature indépendante ne sont imposables que dans cet Etat sauf :

a) S'il dispose régulièrement d'une base fixe dans l'autre Etat contractant aux fins de l'exercice de cette activité auquel cas ses revenus sont imposables dans l'autre Etat contractant dans la mesure où ils sont attribuables à ladite base fixe; ou

b) Si la durée du séjour de l'intéressé dans l'autre Etat contractant aux fins de l'exercice de cette activité excède 90 jours au total au cours de l'année civile considérée.

2. Constituent notamment des professions libérales les activités indépendantes de nature scientifique, littéraire, artistique, pédagogique ou éducative, ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

#### *Article 15. ACTIVITÉS LUCRATIVES NON INDÉPENDANTES*

1. Sous réserve des dispositions des articles 16, 18 et 19 de la présente Convention, les traitements, salaires et autres rémunérations similaires qu'un résident de l'un des Etats contractants tire de l'exercice d'une activité lucrative non indépendante ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que ladite activité ne soit exercée dans l'autre Etat contractant. En pareil cas, les rémunérations reçues à ce titre sont imposables dans cet autre Etat.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, les rémunérations qu'un résident de l'un des Etats contractants tire d'une activité lucrative non indépendante exercée dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat :

a) Si la durée du séjour ou des séjours de l'intéressé dans l'autre Etat n'excède pas 183 jours au total au cours de l'année civile considérée;

b) Si les rémunérations sont payées par un employeur ou au nom d'un employeur qui n'est pas résident de l'autre Etat; et

c) Si la charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une installation fixe que l'employeur a dans l'autre Etat.

3. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations perçues au titre d'une activité lucrative non indépendante exercée à bord de navires ou d'aéronefs exploités en trafic international sont imposables dans l'Etat contractant où se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise.

#### Article 16. RÉTRIBUTIONS DES MEMBRES DE CONSEILS D'ADMINISTRATION

Les tantièmes jetons de présence et autres rétributions analogues qu'un résident de l'un des Etats contractants reçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration d'une société résidente de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

#### Article 17. ARTISTES ET ATHLÈTES

1. Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15 de la présente Convention, les revenus qu'un résident de l'un des Etats contractants tire de l'activité qu'il exerce en qualité de professionnel du spectacle — artistes de la scène, de l'écran, de la radio ou de la télévision et musiciens — ou d'athlète dans l'autre Etat contractant, sont imposables dans cet Etat.

2. Lorsque les revenus provenant d'activités exercées par un professionnel du spectacle ou un athlète en cette qualité sont attribués non pas au professionnel du spectacle ou à l'athlète mais à une autre personne, ces revenus sont, nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, imposables dans l'Etat contractant où les activités du professionnel du spectacle ou de l'athlète sont exercées.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas si le séjour de professionnels du spectacle ou des athlètes dans l'un des Etats contractants est en totalité ou en grande partie subventionné par l'autre Etat contractant, un Land, une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales.

#### Article 18. PENSIONS

Sous réserve des dispositions des paragraphes 1 et 3 de l'article 19 de la présente Convention, les pensions et autres rémunérations du même ordre versées au résident de l'un des Etats contractants au titre d'une activité salariée antérieure ne sont imposables que dans cet Etat.

#### Article 19. FONCTION PUBLIQUE

1. a) Toute rémunération y compris les pensions versées à une personne physique par l'un des Etats contractants, par un Land ou par une des subdivisions politiques et collectivités locales de cet Etat au titre de services rendus à cet Etat, à ce Land, à cette subdivision ou collectivité, ne sont imposables que dans cet Etat. Toutefois, ces rémunérations ne sont imposables que dans l'autre Etat contractant si les services sont rendus dans cet Etat et si la personne physique est résidente ou ressortissante dudit Etat et n'est pas ressortissante du premier Etat.

2. Les dispositions des articles 15, 16 et 18 s'appliquent aux rémunérations et pensions versées au titre de services rendus qui se rapportent à une activité industrielle ou commerciale exercée par l'un des Etats contractants, par un Land, ou par une des subdivisions politiques ou collectivités locales de cet Etat.

3. Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent également aux rémunérations versées dans le cadre d'un programme d'aide au développement de l'un des Etats contractants, d'un Land, d'une subdivision politique ou collectivité locale de cet Etat par cet Etat, ce Land, cette subdivision politique ou collectivité locale ou toute autre institution gouvernementale à un spécialiste ou à un volontaire détaché auprès de l'autre Etat contractant avec l'assentiment de cet autre Etat.

### Article 20. ENSEIGNANTS, ÉTUDIANTS ET STAGIAIRES

1. Toute personne physique qui se rend dans l'un des Etats contractants à l'invitation de cet Etat, d'une université, d'un collège universitaire, d'une école, d'un musée ou de toute autre institution culturelle de cet Etat ou au titre d'un programme officiel d'échange culturel pendant deux ans au plus à la seule fin d'enseigner, de donner des conférences ou d'effectuer des recherches dans une telle institution et qui est ou était immédiatement avant cette visite résident de l'autre Etat contractant, est exonérée d'impôt dans le premier Etat en ce qui concerne la rémunération attachée à cette activité, à condition que cette rémunération provienne de sources situées en dehors de cet Etat.

2. Toute personne physique qui était résidente de l'un des Etats contractants au moment de se rendre dans l'autre Etat contractant et qui séjourne temporairement dans cet autre Etat exclusivement en qualité d'étudiant inscrit dans une université, un collège universitaire, une école ou un établissement analogue dans cet autre Etat ou en qualité d'apprenti du commerce ou de l'industrie (ce mot désignant également, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, un *Volontär* ou un *Praktikant*) est, à compter de la date de sa première arrivée dans cet autre Etat aux fins de ce séjour, exonérée d'impôt dans cet autre Etat en ce qui concerne :

a) Les sommes qu'elle reçoit de l'étranger en vue de son entretien, de son instruction ou de sa formation; et

b) Pendant une période n'excédant pas trois ans au total, les rémunérations, à concurrence de 7 200 deutsche mark ou de l'équivalent en monnaie bangladaise pour l'année civile, qu'elle reçoit en contrepartie de la prestation de services fournis dans cet autre Etat contractant afin de compléter les ressources dont elle dispose aux fins susmentionnées.

3. Toute personne physique qui était résidente de l'un des Etats contractants au moment de se rendre dans l'autre Etat contractant et qui séjourne temporairement dans cet autre Etat à la seule fin d'y poursuivre des études, d'y effectuer des recherches ou d'y acquérir une formation en tant que bénéficiaire d'une bourse, d'une subvention ou d'une allocation à titre de récompense qui lui est versée par une organisation scientifique, éducative, religieuse ou charitable, ou au titre d'un programme d'assistance technique auquel participe le gouvernement de l'un des Etats contractants, est exonérée d'impôt dans cet autre Etat à compter de la date de sa première arrivée dans cet autre Etat aux fins de ce séjour, en ce qui concerne :

a) La bourse, la subvention ou l'allocation à titre de récompense dont elle bénéficie; et

b) Les sommes qu'elle reçoit de l'étranger en vue de son entretien, son instruction ou sa formation.

### Article 21. AUTRES REVENUS

1. Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 du présent article, les éléments de revenu d'un résident de l'un des Etats contractants qui ne sont pas expressément mentionnés dans les articles qui précèdent de la présente Convention ne sont imposables que dans cet Etat.

2. Toutefois, ces revenus peuvent être également taxés dans l'Etat où la source de ces revenus est située et conformément à la législation de cet Etat, si le

bénéficiaire de ces revenus est résident de l'un des Etats contractants et que les revenus proviennent de sources situées dans l'autre Etat contractant.

*Article 22. ELIMINATION DE LA DOUBLE IMPOSITION*

1. En ce qui concerne les résidents de la République fédérale d'Allemagne, l'impôt est calculé comme suit :

*a)* Sous réserve des dispositions de l'alinéa *b* ci-dessous, tous éléments de revenu provenant de sources situées au Bangladesh, qui, en vertu de la présente Convention sont imposables au Bangladesh, sont exclus de l'assiette de l'impôt allemand — que l'impôt soit perçu ou non. Toutefois, la République fédérale d'Allemagne conserve le droit de faire entrer en ligne de compte, aux fins du calcul du taux d'imposition applicable, les éléments de revenu ainsi exclus de l'assiette de l'impôt.

En ce qui concerne les revenus au titre de dividendes, les dispositions qui précèdent ne s'appliquent qu'aux dividendes versés à une société (à l'exclusion des sociétés de personnes) résidente de la République fédérale d'Allemagne par une société résidente du Bangladesh dont 25 p. 100 au moins du capital sont directement détenus par la société allemande.

*b)* Sous réserve des dispositions de la législation fiscale allemande relative à la déduction de l'impôt étranger, en ce qui concerne les éléments de revenu ci-après provenant de sources situées au Bangladesh, l'impôt bangladais dû conformément à la législation du Bangladesh et en vertu de la présente Convention est admis en déduction de l'impôt allemand sur le revenu ou sur les sociétés, en ce qui concerne

- aa) Les bénéficiaires visés à l'alinéa *b* du paragraphe 2 de l'article 8;
- bb) Les dividendes qui ne sont pas visés à l'alinéa *a*;
- cc) Les intérêts;
- dd) Les redevances;
- ee) Les rémunérations auxquelles s'appliquent les dispositions de l'article 16;
- ff) Les revenus auxquels s'appliquent les dispositions de l'article 17;
- gg) Les revenus provenant de biens immobiliers auxquels s'appliquent les dispositions de l'article 6. Cette disposition n'entre pas en jeu si lesdits biens sont véritablement liés à un établissement stable au sens de l'article 7 et sis au Bangladesh, ou à une base fixe au sens de l'article 14 et située au Bangladesh, sauf si, aux termes des dispositions de l'alinéa *d*, les dispositions de l'alinéa *a* ne s'appliquent pas aux bénéficiaires provenant de l'établissement stable;

*c)* Aux fins de l'alinéa *b*, l'impôt dû conformément à la législation du Bangladesh sur les dividendes, intérêts et redevances admis en déduction de l'impôt allemand sur le revenu ou sur les sociétés est réputé représenter 15 p. 100 au moins du montant brut des sommes payées;

*d)* Les dispositions de l'alinéa *a* ne s'appliquent pas aux bénéficiaires provenant d'un établissement stable et aux gains provenant de l'aliénation de biens meubles et immobiliers faisant partie des avoirs industriels ou commerciaux d'un établissement stable non plus qu'aux dividendes versés par une société, à la condition que le résident intéressé de la République fédérale d'Allemagne ne puisse faire la preuve que les recettes de l'établissement stable ou de la société proviennent en totalité ou en quasi-totalité :

- aa) De la production ou la vente de produits ou marchandises, la fourniture de conseils techniques ou de services d'ingénierie au Bangladesh, ou de l'exercice d'activités bancaires ou d'assurances au Bangladesh; ou
- bb) De dividendes versés par une ou plusieurs sociétés résidentes du Bangladesh, dont plus de 25 p. 100 du capital sont détenus par la première société, qui tirent elles-mêmes la totalité ou la quasi-totalité de leurs recettes de la production ou de la vente de produits ou marchandises, de la fourniture de conseils techniques ou de services d'ingénierie, ou de l'exercice d'activités bancaires ou d'assurances au Bangladesh.

Sous réserve des dispositions de la législation fiscale allemande relative à la déduction de l'impôt étranger, en pareil cas, l'impôt bangladais dû conformément à la législation du Bangladesh et en vertu des dispositions de la présente Convention sur les éléments de revenu ci-dessus mentionnés, est admis en déduction de l'impôt allemand sur le revenu ou sur les sociétés qui frappent lesdits éléments de revenu.

2. En ce qui concerne les résidents du Bangladesh, l'impôt est calculé comme suit :

a) Sous réserve des dispositions de l'alinéa *b* du présent paragraphe, tous éléments de revenu provenant de sources situées en République fédérale d'Allemagne qui, en vertu de la présente Convention, sont imposables en République fédérale d'Allemagne, sont exclus de l'assiette de l'impôt bangladais — que l'impôt soit perçu ou non. Toutefois, le Bangladesh conserve le droit de faire entrer en ligne de compte, aux fins du calcul du taux d'imposition applicable, les éléments de revenu ainsi exclus de l'assiette de l'impôt.

En ce qui concerne les revenus au titre de dividendes, les dispositions qui précèdent ne s'appliquent qu'aux dividendes versés à une société (à l'exclusion des sociétés de personnes) résidente du Bangladesh par une société résidente de la République fédérale d'Allemagne dont 25 p. 100 au moins du capital sont directement détenus par la société bangladaise;

b) Sous réserve des dispositions de la législation fiscale bangladaise relative à la déduction de l'impôt étranger, en ce qui concerne les éléments de revenu ci-après provenant de sources situées en République fédérale d'Allemagne, l'impôt allemand dû conformément à la législation de la République fédérale d'Allemagne et en vertu de la présente Convention est admis en déduction de l'impôt bangladais en ce qui concerne :

- aa) Les bénéficiaires auxquels s'appliquent les dispositions de l'alinéa *b* du paragraphe 2 de l'article 8;
- bb) Les dividendes qui ne sont pas visés à l'alinéa *a*;
- cc) Les intérêts;
- dd) Les redevances;
- ee) Les rémunérations auxquelles s'appliquent les dispositions de l'article 16;
- ff) Les revenus auxquels s'appliquent les dispositions de l'article 17;
- gg) Les revenus provenant de biens immobiliers auxquels s'appliquent les dispositions de l'article 6. Cette disposition n'entre pas en jeu si lesdits biens sont véritablement liés à un établissement stable au sens de l'article 7 et sis en Répu-



blique fédérale d'Allemagne, ou à une base fixe au sens de l'article 14 et située en République fédérale d'Allemagne.

#### Article 23. NON-DISCRIMINATION

1. Aucun ressortissant de l'un des Etats contractants ne sera assujéti dans l'autre Etat à une imposition ou à des obligations connexes autres ou plus lourdes que celles auxquelles sont ou peuvent être assujéti, dans les mêmes conditions, les ressortissants de cet autre Etat. Nonobstant les dispositions de l'article 1 de la présente Convention, la présente disposition s'applique également aux personnes physiques qui ne sont pas résidentes de l'un des Etats contractants ou qui ne sont résidentes ni de l'un, ni de l'autre.

2. Lorsqu'une entreprise de l'un des Etats contractants a un établissement stable dans l'autre Etat contractant, cet établissement stable ne peut être assujéti, dans cet autre Etat, à une imposition moins favorable que celle à laquelle sont assujéti les entreprises de cet autre Etat qui exercent la même activité.

3. Sous réserve des dispositions de l'article 9, du paragraphe 7 de l'article 11 ou du paragraphe 6 de l'article 12, les intérêts, redevances et autres sommes payés par l'entreprise de l'un des Etats contractants à un résident de l'autre Etat contractant sont, aux fins du calcul des bénéfices imposables de cette entreprise, déductibles dans les mêmes conditions que s'ils avaient été payés à un résident du premier Etat.

4. Aucune entreprise de l'un des Etats contractants dont le capital est, en totalité ou en partie, détenu ou contrôlé, directement ou indirectement, par un ou plusieurs résidents de l'autre Etat contractant, ne peut être assujéti, dans le premier Etat, à une imposition ou à des obligations connexes autres ou plus lourdes que celles auxquelles sont ou peuvent être assujéti des entreprises analogues du premier Etat.

5. Les dispositions des paragraphes 1, 2 et 4 du présent article ne seront aucunement interpréées comme obligeant l'un des Etats contractants à accorder aux résidents de l'autre Etat contractant l'un quelconque des abattements, dégrèvements ou réductions fiscales accordés à ses propres résidents.

#### Article 24. ECHANGE DE RENSEIGNEMENTS

1. Les autorités compétentes des Etats contractants se communiqueront les renseignements qui sont nécessaires pour exécuter les dispositions de la présente Convention. Les renseignements ainsi communiqués à un Etat contractant seront tenus secrets comme le sont les renseignements obtenus en vertu de la législation intérieure de cet Etat et ne seront divulgués qu'à des personnes ou autorités (y compris les tribunaux et les organes administratifs) chargés d'asseoir ou de recouvrer les impôts qui font l'objet de la présente Convention ou bien de faire appliquer les dispositions ou d'entamer les poursuites ou de statuer sur les appels y relatifs. Lesdites personnes ou autorités n'utiliseront ces renseignements qu'à ces fins. Elles sont autorisées à divulguer les renseignements au cours d'audiences publiques ou dans des jugements portant sur l'affaire à laquelle se rapportent les renseignements.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne seront en aucun cas interpréées comme obligeant l'un ou l'autre des Etats contractants :

a) A prendre des mesures administratives incompatibles avec sa législation ou sa pratique administrative, ou avec la législation ou la pratique administrative de l'autre Etat contractant;

b) A communiquer des renseignements qui ne peuvent être obtenus aux termes de sa législation ou de celle de l'autre Etat contractant ou qui ne peuvent être recueillis par les voies administratives normales;

c) A communiquer des renseignements de nature à divulguer un secret commercial, industriel ou professionnel, ou un procédé de fabrication, ni des renseignements dont la divulgation serait incompatible avec l'ordre public.

#### Article 25. ENTENTE AMIABLE

1. Toute personne qui estime que les mesures prises par l'un des Etats contractants ou par les deux Etats entraînent ou entraîneront pour elle une imposition incompatible avec les dispositions de la présente Convention peut, sans préjudice des voies de droit interne, adresser une réclamation à l'autorité compétente de l'Etat contractant dont elle est résidente ou, si son cas relève du paragraphe 1 de l'article 23, à celle de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité. La réclamation doit être adressée dans les trois ans qui suivent la première notification de l'évaluation fiscale non conforme aux dispositions de la présente Convention.

2. Ladite autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et qu'elle n'est pas elle-même en mesure de parvenir à une solution satisfaisante, de régler la question par voie d'entente amiable avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, en vue d'éviter toute imposition incompatible avec les dispositions de la présente Convention. L'accord qui en résulte est appliqué quels que soient les délais prévus par le droit interne des Etats contractants.

3. Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforceront, par voie d'entente amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes que pourraient susciter l'interprétation ou l'application de la présente Convention. Elles pourront aussi se concerter en vue d'éviter la double imposition dans les cas que la présente Convention ne prévoit pas.

4. Les autorités compétentes des Etats contractants pourront se mettre directement en rapport en vue de donner effet aux dispositions de la présente Convention.

#### Article 26. MISSIONS DIPLOMATIQUES ET CONSULAIRES

1. Les dispositions de la présente Convention ne portent aucunement atteinte aux privilèges diplomatiques ou consulaires accordés en matière fiscale en vertu des règles générales du droit international ou en vertu des dispositions d'accords internationaux particuliers.

2. Nonobstant les dispositions de l'article 4, et aux fins de la présente Convention, les personnes qui sont membres d'une mission diplomatique ou consulaire de l'un des Etats contractants dans l'autre Etat contractant ou dans un Etat tiers, sont réputées, aux fins de la présente Convention, être résidentes de l'Etat accréditant ou d'envoi :

a) Si, en vertu du droit international, elles ne sont pas assujetties à l'impôt dans l'Etat de résidence pour ce qui est des revenus provenant de sources situées en dehors de cet Etat; et

b) Si, dans l'Etat accréditant ou d'envoi, elles sont assujetties aux mêmes obligations que les résidents de cet Etat pour ce qui est de l'impôt sur les revenus.

*Article 27. LAND BERLIN*

La présente Convention s'appliquera également au *Land Berlin*, à moins que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ne signifie le contraire au Gouvernement de la République populaire du Bangladesh dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur de la présente Convention,

*Article 28. ENTRÉE EN VIGUEUR*

1. La présente Convention est sujette à ratification et les instruments de ratification seront échangés à Dhaka aussitôt que faire se pourra.

2. La présente Convention entrera en vigueur un mois après la date d'échange des instruments de ratification et s'appliquera aux revenus versés au titre de tout exercice financier commençant le 1<sup>er</sup> janvier 1990 ou à une date ultérieure.

*Article 29. DÉNONCIATION*

La présente Convention demeurera en vigueur indéfiniment, mais chacun des Etats contractants pourra, le 30 juin au plus tard de toute année civile commençant après l'expiration d'une période de cinq années civiles à compter de la date de son entrée en vigueur, adresser par la voie diplomatique à l'autre Etat contractant une notification de dénonciation. En pareil cas, la présente Convention cessera de s'appliquer aux revenus versés au titre de tout exercice financier suivant celui au cours duquel la dénonciation aura été notifiée.

FAIT à Bonn, le 29 mai 1990, en double exemplaire, dont chacun est libellé en langues allemande, bangladaise et anglaise, les trois textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation, le texte anglais prévaudra.

Pour la République fédérale  
d'Allemagne :

HANS WERNER LAUTENSCHLAGER  
KLEMM

Pour la République  
populaire du Bangladesh :

MUZAMMEL HUSSAIN

## PROTOCOLE

La République fédérale d'Allemagne et la République populaire du Bangladesh

Sont convenues, lors de la signature à Bonn, le 29 mai 1990, de la Convention entre ces deux Etats tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu, des dispositions suivantes qui font partie intégrante de ladite Convention

1. *En ce qui concerne l'article 10 :*

Pour ce qui est de la République fédérale d'Allemagne, le mot « dividendes » comprend les revenus perçus par un commanditaire du fait de sa participation à la commandite.

2. *En ce qui concerne les articles 10 et 11 :*

Nonobstant les dispositions de ces articles, les dividendes et intérêts ayant leur source dans l'un des Etats contractants sont imposables dans cet Etat et en vertu de la législation de cet Etat, s'ils sont tirés de droits ou de créances assortis d'un droit de participation aux bénéfices (y compris les revenus tirés par un commanditaire de sa participation à la commandite, d'un partiarisches Darlehen et de Gewinnobligationen au sens de la législation de la République fédérale d'Allemagne) et sous réserve qu'ils soient déductibles aux fins du calcul des bénéfices du débiteur de ces revenus.

3. *En ce qui concerne l'article 22 :*

Quant une société résidente de la République fédérale d'Allemagne distribue des revenus provenant de sources situées en République populaire du Bangladesh, les dispositions du paragraphe 1 n'empêchent pas d'assujettir à titre compensatoire ces distributions à l'impôt sur les sociétés conformément aux dispositions de la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne. En cas de modification de la législation du Bangladesh en vue d'éviter la double imposition économique, les dispositions analogues qui conviennent s'appliqueront pour ce qui est du paragraphe 2 en ce qui concerne le Bangladesh.

FAIT à Bonn, le 29 mai 1990, en double exemplaire, en langues allemande, bangladaise et anglaise, les trois textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation, le texte anglais prévaudra.

Pour la République fédérale  
d'Allemagne :

HANS WERNER LAUTENSCHLAGER  
KLEMM

Pour la République  
populaire du Bangladesh :

MUZAMMEL HUSSAIN

## ÉCHANGE DE NOTES

## I

LE SECRÉTAIRE D'ÉTAT  
AU MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Bonn, le 29 mai 1990

Monsieur l'Ambassadeur,

En référence à l'article 3 de la Convention entre la République fédérale d'Allemagne et la République populaire du Bangladesh tentant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu, signée ce jour, j'ai l'honneur de déclarer que la conclusion de cette Convention ne préjuge pas de la position de la République fédérale d'Allemagne à l'égard des frontières maritimes du Bangladesh.

Il est entendu entre nous que la Convention signée ce jour pourra être revue à l'expiration d'une période de cinq ans à compter de son entrée en vigueur, à la demande de l'un ou l'autre des Etats contractants.

Si les dispositions ci-dessus recueillent l'agrément du Gouvernement bangladais, la présente note et votre réponse à cet effet formeront partie intégrante de ladite Convention.

Veillez agréer, etc.

Son Excellence

M. Muzammel Hussain  
Ambassadeur de la République populaire  
du Bangladesh  
Bonn

## II

L'AMBASSADEUR DE LA RÉPUBLIQUE POPULAIRE  
DU BANGLADESH

Bonn, le 29 mai 1990

Monsieur le Secrétaire d'Etat,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note de ce jour, ainsi conçue :

*[Voir note I]*

Je vous informe que les dispositions ci-dessus ont l'agrément de mon gouvernement.

Veuillez agréer, etc.

Son Excellence

M. Hans Werner Lautenschlager

Secrétaire d'Etat

au Ministère des affaires étrangères

Bonn